

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Konnoement: 2,50 Mark pro Quartal. In der Expedition: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 20 Pf. Monat. Einzeln. In der Post-Verwaltung: Dreierliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf. für weitere 10 Pf. Sonntags-Nummer für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 1 Uhr Vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Amt I. 4186.
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 14. Juli 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands und Frankreichs.

Unter den fadenscheinigen Argumenten, mit denen die erneute Heeresvermehrung und Erhöhung der Heereskosten verteidigt wurde, glänzte auch das Schlagwort von der hohen Bevölkerungsziffer Deutschlands. Herr v. Bennigsen berief sich darauf, daß Frankreich 11 Millionen Einwohner weniger habe, als Deutschland (88 1/2 gegen 49 1/2 Millionen), um zu beweisen, daß das Deutsche Reich mit Leichtigkeit mindestens den nämlichen Aufwand an Mannschaften und Geld für sein Heer machen könne als das numerisch schwächere Frankreich.

Das klingt recht plausibel. Der Kalkül ist so außerordentlich einfach: 38 1/2 von 49 1/2 abgezogen bleibt 11 —, daß er auf zahlreiche Mandatsinhaber des Reichstages, die in Sachen der Bevölkerungsstatistik ebenso unschuldig und unerfahren sind, wie der Oberpräsident von Hannover, sicher einen überwältigenden Eindruck gemacht und ihren Bewilligungseifer gestärkt hat. Indes so glatt nach den simplen Beispielen der nationalliberalen Rechenzettel läßt sich die Leistungsfähigkeit der beiden Länder nicht an einander abmessen. In der Gesamtziffer der Bevölkerung eines Landes sind auch Säuglinge und unmündige Kinder mit inbegriffen und die erhöhen nicht, sie verringern nur die Kriegsfähigkeit eines Volkes; sie konsumieren nur und produzieren nicht. Herr v. Bennigsen hätte sich also füglich wohl selbst sagen können, daß, wenn er Frankreichs und Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit gegen einander abmessen will, es mit der plumpen Gegenüberstellung der Zahlen der Gesamtbevölkerungen beider Länder nicht getan ist, da bekanntermaßen die Geburtsziffer in Deutschland eine weit höhere ist als in Frankreich, und demnach auch die Zahl der Erwerbsfähigen in unserem Lande gegenüber den Produzenten eine weit größere ist als in Frankreich. Die Geburtsziffer (d. h. die Zahl der Geburten auf je 10 000 Einwohner) betrug im Jahre 1886 in Frankreich 219, im Jahre 1890 in Deutschland 357. Die Zahl der Kinder im Alter von 1—2 Jahren betrug in Frankreich 659 066, in Deutschland 1 294 467, also fast doppelt so viel. Diese Beispiele genügen wohl, um zu zeigen, welche Unterschiede zwischen der Bevölkerungs-Zusammensetzung der beiden Nachbarländer bestehen.

Will man daher einigermaßen brauchbare Ziffern für die Abmessung der Volkskraft zweier Länder gewinnen, so muß man die nur verzehrenden, nicht schaffenden Elemente durch irgend eine Methode von den Gesamtzahlen aussondern suchen.

Die statistischen Aufnahmen über die Beschäftigungen der Einwohner sind zu diesem Zweck nicht brauchbar, da sie nicht die Gesamtheit der irgendwie erwerbstätigen Elemente umfassen und vor allen Dingen in den verschiedenen Ländern nicht nach einer gleich-

mäßigen Methode vorgenommen werden. Es bleibt uns deshalb nichts übrig, um brauchbare Vergleichsziffern für Frankreich und Deutschland zu erhalten, als nach dem rein äußerlichen Merkmal des Lebensalters eine Scheidung der Menschen im Lebensalter der Erwerbsfähigkeit von denen im Lebensalter der Erwerbsunfähigkeit vorzunehmen. Der wesentliche Vortheil eines solchen Verfahrens ist, daß trotz der unvermeidlichen Unzuverlässigkeit einer jeden Zahl an sich sie doch gegen einander bemessen einen nahezu vollkommen zuverlässigen Vergleichswert abgeben, da die vielen Erwerbslosen, welche sich innerhalb der angenommenen Altersgrenze befinden, und deren Zahl für uns gar nicht oder doch nur mit der größten Schwierigkeit und immer nur näherungsweise zu ermitteln wäre, die für beide Länder gewonnenen Ziffern etwa gleichmäßig ausgleichen machen. Es ist auch aus den gleichen Gründen nicht notwendig, eine Trennung nach den Geschlechtern vorzunehmen, obschon von den Frauen im erwerbsfähigen Alter weit weniger im Erwerbsleben thätig sind als von den Männern, wenn man auch die häusliche Thätigkeit der Frauen ihnen als Erwerbsthätigkeit anrechnet.

Verlegt man nun die Altersgrenzen der Erwerbsthätigkeit möglichst weit nach unten und nach oben, so kann man als Erwerbsalter die Zeit zwischen dem vollendeten 14. Jahre bis zu dem vollendeten 64. Jahre annehmen. Nach den vorliegenden statistischen Tabellen betrug in Frankreich im Jahre 1886 von 37 980 739 Einwohnern die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter 24 646 227 oder 65 pCt. der Gesamtbevölkerung, in Deutschland im Jahre 1890 von 49 428 470 Einwohnern die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter 29 701 842 oder 60 pCt. der Gesamtbevölkerung.

Hierbei ist zu bemerken, daß es wenig ansmacht, daß für Frankreich die Bevölkerung von 1886 zu Grunde gelegt ist, da sie sich bis 1891, die Zeit der neuesten französischen Volkszählung, nur um etwa 400 000 vermehrt hat und außerdem für die prozentualen Vergleichsziffern es unwesentlich ist, ob aus dem einen Lande die Zahlen von 1886, aus dem andern die von 1890 zu Grunde gelegt werden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, erwähnen wir nochmals ausdrücklich, daß die Zahl der im Alter der Erwerbsthätigkeit stehenden Personen keineswegs identisch ist mit der Zahl der Erwerbsfähigen oder gar der Erwerbstätigen. Die ist bedeutend geringer. Für unsere Vergleichszwecke genügen indes die oben ermittelten Zahlen. Könnte man übrigens aus ihnen alle Erwerbsunthätigen ausschneiden, so würde sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten Deutschlands verschieben, da wegen der hohen Geburtsziffer die Zahl der Unerwachsenen in Deutschland im Verhältnis zur Gesamtzahl immer größer ist als in Frankreich und da auch die Frauen in Frankreich — es hängt das mit der geringeren Fruchtbarkeit zusammen — im Erwerbsleben immer intensiver thätig sind, als in Deutschland.

Aus den vorhin gewonnenen Zahlen ergibt sich nun aber doch schon so viel, daß zunächst die Differenz der überhaupt für die Messung der Volkskraft in Betracht kommenden Personen beider Länder von den 11 Millionen, die Herr v. Bennigsen zu Gunsten Deutschlands vorgeführt hat, auf 5 Millionen zusammenschrumpft, daß aber die finanzielle Leistungsfähigkeit der Deutschen für Staatszwecke noch ganz erheblich niedriger zu bemessen ist, da sie für eine bedeutend höhere Anzahl von Nichtproduzenten zu sorgen haben als die Franzosen. Aus den vorhin berechneten Prozentzahlen geht hervor, daß von je hundert lebenden Personen in Frankreich je 65 im erwerbsfähigen Alter stehen, also für sich selbst und die übrigen 35 zu sorgen haben, während von je hundert Deutschen je 60 für sich selbst und 40 Erwerbsunfähige zu sorgen haben. Daraus erklärt es sich, weshalb — eine etwa gleiche Leistungsfähigkeit der Franzosen und Deutschen vorausgesetzt — die Lebenshaltung in Frankreich höher ist als in Deutschland und weshalb die Deutschen für Staatszwecke, oder gar Militärszwecke weit schwieriger sich etwas abknapsen können, als die Franzosen. Man kann das auch so ausdrücken, daß die Franzosen bei der hohen Verhältniszahl ihrer Produzenten von der Bevölkerung eher zwei Prozent unter den Waffen halten könnten, als die Deutschen ein Prozent.

Trotzdem soll beileibe nicht behauptet werden, daß die niedrige Geburtsziffer für das französische Volk vorteilhafter ist, als die höhere für das deutsche. Im Gegenteil, sie verursacht den Franzosen mit Recht schwere Sorge für die Zukunft ihres Volkes. Wir haben es hier indes mit den gegenwärtigen Zuständen und der für die Gegenwart geplanten Heeresvermehrung und Erhöhung der Militäraufgaben in Deutschland zu thun und da kann nicht scharf genug betont werden, daß es ein ungeheurer Trugschluss ist, aus der größeren Bevölkerungszahl Deutschlands auf eine höhere finanzielle Leistungsfähigkeit für militärische Zwecke zu schließen. Deutsche Staatsmänner sollten vielmehr, anstatt Frankreichs hohe Präsenziffer nachzuahmen, auf ein Heeresystem sinnen, das bei Ermäßigung der Kosten die Ausnutzung der höheren Volkskraft ermöglicht. Und ein solches System ist die Miliz, auf deren Einführung uns also auch bevölkerungsstatistische Erwägungen hindrängen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juli.

Aus dem Reichstage. Man mag dem neugewählten Reichstage freundlich oder feindselig gesinnt sein, das eine Zeugnis wird man ihm nicht versagen können, ein großer Arbeits- und Pflichtester besetzt augenblicklich die Reichsböden noch.

Ein so besetztes Haus wie jetzt haben wir während der

Feuilleton.

Redaktion verboten.

15

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Mit diesen Worten streckte sie ihre nackten Füßchen aus dem Bett und zog sich matronenhaft mit der ernstesten Miene von der Welt die Strümpfe an. Johanna verließ schnell das Zimmer, um ein Lächeln zu verbergen, was vielleicht ihre ganze, bisher so mühsam behauptete Autorität über den Haufen geworfen hätte.

„Wenn Du fertig bist, komm in das Arbeitszimmer,“ sagte sie im Fortgehen. „Du mußt Staub wischen, während ich auf das Frühstück Acht gebe.“ Es steht schon auf dem Feuer.

Das Arbeitszimmer, so genannt, weil Johanna dort an ihren Malereien arbeitete, war ein kleines, helles und freundliches Gemach, das größte der bescheidenen Wohnung. In der Fensternische eine Staffelei, ein Arbeitstisch für Palette und Pinsel, ein niedriger Stuhl, das war das ganze Arbeitsgeräth Johanna's. Dicht dabei stand ein kleiner Sessel, ein Rohrstuhl, wie sie von Hausfrauen von Haus zu Haus getragen werden, das war der gewöhnliche Sitzplatz Magdalene's. Hier konnte sie stundenlang still, ohne sich zu rühren, sitzen und ihre Aufgaben für die Schule einüben, während Johanna's Pinsel eifrig über den Stoff glitt. Von Zeit zu

Zeit hob die Kleine die Augen, schaute auf die geschickten Finger der Pflegemutter und wartete einen Augenblick ab, in dem sie pauzirten, um Johanna um irgend eine Auskunft zu bitten. Diese unterbrach sich dann ohne Murren, suchte die Kleine das, was sie nicht begriff, an irgend einem Beispiel aus dem täglichen Leben klar zu machen und fand schließlich immer die geeignete, einfache und graziose Form für den Gegenstand, um den es sich handelte. Wenn Magdalene sagte, sie habe jetzt alles begriffen, dann begab sie sich schnell wieder an ihre Arbeit, denn sie mußte ja ihre Arbeiten pünktlich zur festgesetzten Stunde abliefern.

In der Mitte des Zimmers stand ein Tisch aus Nußbaumholz mit einer dunkelfarbigen Decke behangen, über dem eine bronzene Hängelampe an der Decke des Zimmers befestigt war. Auf diese Leuchtgegenstände war Johanna sehr stolz. Sie hatte viel arbeiten müssen, um sie kaufen zu können. Sie hatte schon lange von dieser Tischdecke und dieser Hängelampe geträumt, bis sie dann eines schönen Tages das große Kaufhaus an Bon Marché aufsuchte und sie dort von ihren Ersparnissen erstehen konnte. Auf dieselbe Weise hatte sie die granatrothen Ripsvorhänge an den Fenstern beschafft. Und seit dieser Zeit erfüllte sie sich mehrere ähnliche Wünsche für die Ausstattung ihres Zimmers. Sie hatte jetzt aus einem zu den Fenstervorhängen passenden Stoff eine Portiere hergestelt, die den durch die Thür hereinströmenden, heimtückischen Luftzug abhalten sollte.

Auch Vater Deschamps hatte in diesem Gemach seinen Lieblingsplatz. Dieser bestand aus einem großen Voltairerfauteuil, mit rothem Plüsch bezogen, der freilich nicht mehr tadellos, dafür aber unendlich behaglich und bequem war. Dicht neben dem Kamin war er aufgestellt, in dem jetzt auf dem Kofee ein gutes Feuer brannte. An jedem Abend,

wenn der brave Alte aus seinem Bureau heimkehrte, ließ er sich mit freudigem Wohlgefühl in die weichen Polster sinken. Mit zufriedenerm Auge betrachtete er von seinem Platz aus die im Zimmer passend vertheilten Stühle, seinen Bücherstempel voll sozialistischer Schriften, die Portraits von Louis Blanc, Delescluzes und Karl Marx, welche die Wände schmückten, Johanna und die Kleine, die in einer anmuthigen Gruppe bei einander saßen. So hatte er alles um sich, was ihm auf der Welt theuer war, und oft sagte er mit einem aus Befriedigung und etwas Bedauern gemischten Gefühl:

„Wahrhaftig, ich könnte beinahe ganz wie andere den Bourgeois spielen, wenn nicht die Genossen wären, an die ich doch, wie es recht und billig ist, auch denken muß.“

An diesem Morgen war niemand im Arbeitszimmer, als Magdalene hereintrat, ganz erfüllt von der hohen Wichtigkeit ihrer Funktionen im Haushalt. Sie verwandte die größte Sorgfalt auf das Ordnen der verschiedenen Gegenstände und auf das Verschneiden des Staudes. Während dieser Zeit bereitete Johanna, die noch im leichten Morgenkleid aus Flanell, das ein großer Spitzenkragen — das Werk ihrer Hände — schmückte, das Frühstück in der Küche. Ein Wunder von Sauberkeit, diese Küche! Es war nicht einer dieser engen Winkel, wie man sie so oft in Paris hat. Nein, sie war groß und geräumig. Vier oder fünf Personen konnten sich leicht in ihr bewegen. Sie gewährte eine Aussicht über die unähligen Dächer ringsum und in der Ferne bis auf die kleinen Hügel am Seine-Ufer. Licht und Luft flutheten ungehemmt in diesen Raum.

„Eine Küche, wie sie reiche Leute nicht schöner haben können!“ sagte Vater Deschamps oft stolz.

Alles glänzte und funkelte hier, die blanken Flächen der zinnernen Schüsseln und Teller, das dunkle Blau der emaillirten Töpfe und Kasserolen, die blau und weißen

vorigen Legislaturperiode überhaupt nie gesehen, und nicht nur anwesend sind die Herren, nein, auch eine Nebelhaftigkeit herrscht bei denselben vor, die ans Fabelhafte grenzt. Diese Nebelhaftigkeit kam besonders heute gelegentlich der Interpellation Osann zum Ausdruck.

Dieser Herr und seine nationalliberalen Freunde frugen an, ob die Heeresleitung nicht geneigt sei, angesichts der gegenwärtigen Futternoth gewisse Landstriche mit den geplanten Wandern zu versehen. Natürlich denkt Moloch Militarismus nicht im Traume daran, solche Rücksichten dem bürgerlichen Plebs gegenüber walten zu lassen. Nicht besonders geschickt aber mit militärischer Offenheit und Gradheit legte der preussische Kriegsminister diesen Standpunkt der Heeresverwaltung dar.

Diese brüste Zurückweisung der bürgerlichen Interessen führte nun eine ganze Reihe Redner auf die Tribüne, deren Namen man sonst nur beim Namensaufruf hört. Von allen Seiten wurde die ablehnende Haltung der Militärverwaltung bedauert und auch manches härtere Wort fiel gegen den Moloch Militarismus. Besonders unsere Genossen Schoenlant und Joest machten aus ihrem Herzen keine Mördergrube, aber auch von den Rednern der bürgerlichen Parteien fielen Worte, die es schließlich den militärischen Herren am Bundesrathstische angezeigt erscheinen ließen, etwas mildere Saiten aufzuziehen. Dem bayrischen Kriegsminister fiel diese Aufgabe zu, und er entledigte sich derselben nicht ohne Geschick.

Die Interpellation Debel, wegen des Auftretens des Straßburger Polizeipräsidenten, ist mit Zustimmung des Interpellanten von der Tagesordnung abgesetzt worden und wird morgen verhandelt.

Eine Erklärung des Zentrums, die Graf v. Hompesch vorlas und worin die Herren sich gegen den Vorwurf demokratischer Allüren verwahren, provozierte eine Antwort Capriovi's, aus der sich ergibt, daß man im Reichstanzleramt mit den Herren der Mitte immer noch unzufrieden ist.

Die zweite Lesung der Militärvorlage brachte keine Ueberraschungen. Von der Linken hielt Beck (Koburg) die Rede aus der Zeit der Wahlagitatio noch einmal, wurde aber vom Präsidenten in seinem Vorhaben schließlich gestört. Namens der Antisemiten erklärte Zimmermann, daß sie für die Vorlage stimmen werden; die Herren springen also über den Stock, obgleich die so pathetisch geforderte Erklärung der Regierung über die Deckungsfrage nicht abgegeben ist. Auch ein Graf von Volke hielt eine Rede, von der aber nur seine nächste Umgebung etwas verstehen konnte. Die namentliche Abstimmung über den § 1 ergab 385 anwesende Abgeordnete, von denen 198 mit Ja und 187 mit Nein stimmten. Der entscheidende Paragraf ist also mit der knappen Mehrheit von 11 Stimmen zur Annahme gelangt.

Die freisinnige Vereinigung, die Antisemiten und Graf Herbert Bismard stimmten mit Ja, ebenso Prinz von Arenberg und Delan Lender vom Zentrum.

Der Antrag Carolath-Rosicke auf geschliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit führte zu einer endlosen Debatte. Die namentliche Abstimmung über den Antrag findet morgen statt.

Die erste Lesung des Nachtragsetats fand in einer auf eine halbe Stunde später angeetzten Sitzung ohne Debatte ihre Erledigung.

Man hofft die Session am Sonnabend Abend, spätestens nächsten Montag schließen zu können.

Eine klagliche Majorität hat die Militärvorlage gehabt. Mit 11 Stimmen Majorität in fast vollbesetztem Haus eine Maßregel angenommen, die, wie die Regierung behauptet, für die Existenz Deutschlands notwendig sei! Und ein Abgeordneter, der nein sagen wollte, war — wie er nachträglich erklärt — obendrein bloß durch einen Zufall am Abstimmen verhindert worden. Also bloß 10 Stimmen Majorität bei einem Haus von 385 anwesenden Abgeordneten; das ist „der große nationale Aufschwung“! Und Herr v. Capriovi hat die beschämende Freude, auf den Krücken des Antisemitismus und der freisinnigen Vereinigung seinen „Sieg“ erjachten zu haben. Wohl bekommt's! Nun — einerlei wie der Sieg — die Reichsregierung hat die Militärvorlage, allein der Militarismus hat eine **Warnung** erhalten, die er ungestrukt nicht überhören darf, und die ihm sein nahendes Ende verkündet.

Racheln der kleinen Kochmaschine, die Papierstreifen, welche die Küchenbretter an den Wänden schmückten, die zierlich mit rothem Band aufgenommene Musselinsgardine, die eine von Johanna gehaltene Spitze zierte, die Wachstuchdecke auf dem runden Tisch, alles dies bis zu dem Blechbedel, der den Wasserausguß bedeckte und der nach Johanna's eigenen Angaben gefertigt war. Die Küche war nämlich auch zum Rang eines Speisezimmers erhoben, darum mußte alles Gerath, wie Johanna meinte, so appetitlich wie nur möglich aussehcn.

Als Johanna festgestellt hatte, daß die Milchschokolade, das gewöhnliche Frühstück der Familie an Sonn- und Festtagen, auf dem Punkt des Auflockerns war, öffnete sie die Thür und rief: „Kommt alle!“

In dem Augenblick war Magdalene auch schon da. Sie hatte ihr glänzendes Haar sorgsam geflochten und aufgesteckt, ihre schwarze Schürze war bewundernswürdig sauber gebüßelt. Voll Stolz wies sie auf das Arbeitszimmer:

„Ich bin fertig, Mütterchen, sieh nur! Und dann guck einmal, wie ich mich heute ganz allein gekümmert habe!“ Der Knoten, in dem das Haar aufgesteckt war, sah vielleicht ein wenig schief, aber seine Schöpferin hatte sich so große Mühe gegeben! Warum also sollte man das eine nicht bewundern und der andern nicht Komplimente spenden? Johanna streichelte der Kleinen die Wangen und sagte:

„Geh, hole jetzt den Großvater!“ Einen Augenblick später kam Magdalene wieder, an der Hand Vater Deschamps ziehend, der einen alten, grauen Schlafrock trug. Und nun wetteiferten die beiden Mädchen, dem Alten ihre kleinen Liebedienste zu erweisen. Die eine schnitt ihm die Semmeln durch und bestrich sie in der gewünschten Dose mit Butter, die andere brachte ihm seine Brille, damit er seine Zeitung besser lesen könne. Ein Häppchen Zeitung, ein Häppchen Semmel, das war seine gewöhnliche Art, sein Frühstück einzunehmen. Johanna, die noch mütterlicher für ihn sorgte, seit sie Magdalene hatte, wachte auch darüber, daß er

In England würde eine so winzige Majorität in einer so wichtigen Sache der Regierung die Pflicht eines neuen Appells an das Volk auferlegt haben. Herr von Capriovi muß bescheiden sein; er betrachtet nicht die Qualität seines Sieges; er kann eine zweite Auflösung nicht wagen und streicht genügsam ein, was er bekommen hat. Die „siegreiche“ Majorität war nicht ganz so bescheiden, wie Herr von Capriovi: Das geplante Hurrah! blieb ihr im Hals stecken.

Das deutsche Volk aber hat gelernt, daß der Militarismus überwunden werden kann. Und mehr als je ist von nun an die Losung:

Nieder mit dem Militarismus! —

Dem Reichstage ist ein zweiter Nachtragsetat nebst einem Anleihegesetz für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres zugegangen. Der Nachtragsetat bezieht die zur Durchführung der Militärvorlage für das laufende Etatsjahr erforderlichen Ausgaben auf 71 282 547 M., wovon 23 221 848 M. auf die fortdauernden, durch Matrikularumlagen zu deckenden Ausgaben und 48 060 698 M. auf die einmaligen Ausgaben entfallen, welche mittels Anleihe aufzubringen sind.

Die **Fachkommissionen des Reichstages** haben sich nunmehr konstituiert. Zum Vorsitzenden der Budgetkommission ist v. Kardorff (in der vorigen Tagung Frhr. v. Guene), zum Stellvertreter desselben Freiherrn-Düßeldorf (in der vorigen Tagung Hermanns-Brandenburg) gewählt. Als Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission ist Singer, Sozialdemokrat (in der vorigen Tagung Adernann), zu dessen Stellvertreter v. Rosielski gewählt worden. In der Wahlprüfungs-Kommission werden den Vorsitz Dr. v. Marquardsen, nat.-lib. (in der vorigen Tagung Schmieder, freis.) bezw. in Stellvertretung Brandenburg (Zentr.) führen.

In bezug auf die Wahl in Dortmund war vielfach die Meinung verbreitet, die sehr winzige Majorität für den Nationalliberalen Möller sei dadurch zu stande gekommen, daß eine große Zahl durchstrichener Wählerzettel, die den Namen Tölcke trugen, für ungültig erklärt worden seien. Dem ist nicht so. Die 1785 für ungültig erklärten Zettel — aus denen sich, im Vorbeigehen bemerkt, der nationalliberale Unternehmer-Terrorismus sonnenklar nachweisen läßt — sind entweder ohne jeglichen Namen, oder enthalten den Namen des ultramontanen Kandidaten, der nicht zur Stichwahl stand, oder sind durchstrichene Wählerzettel ohne einen anderen Namen, oder sie sind aus sonstigen Gründen ungültig. Nur etliche 20 Zettel mit dem Namen Tölcke unter dem durchstrichenen Namen Möller sind zu Unrecht für nicht gültig erklärt worden. Da Möller aber 64 Stimmen mehr hat als Tölcke — 21 689 gegen 21 525 — so reicht dies nicht aus. Dagegen liegen zahlreiche Wahlunregelmäßigkeiten vor, die in dem rechtzeitig eingelaufenen Wahlprotest des sozialdemokratischen Wahlkomitees aufgeführt und spezifiziert sind, und die auch zweifellos zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen werden. Leider zieht die Sache sich nun in die Länge.

Die **Einführung von Waffenzulässungen** empfiehlt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Stimme aus dem Publikum: Ein solcher Waffenzulass soll nur gegen eine möglichst hohe Steuer, vielleicht von 30—50 M. ertheilt werden. Nur „Strolche“, meint der Einsender, könnten etwas dagegen einzuwenden haben. Unter Strolchen scheint derselbe alle zu verstehen, welche nicht in der Lage sind, die Steuer zu zahlen. Die „Vortheile für das Reich auch in moralischer Beziehung liegen auf der Hand“, meint der Einsender, wenn jeder Lump, der zahlen kann, das Waffenprivileg gegenüber dem ehrenhaften Mann, dem das Geld fehlt, erhält.

Der **Bundesrath** ertheilt in seiner Sitzung vom 13. Juli dem Antrag der großbritannischen Regierung, betreffend die Anerkennung der britischen Prüfungszeichen für Handfeuerwaffen die Zustimmung.

Zu den **bayrischen Abgeordneten-Wahlen**. Nach einem der „Germania“ zugegangenen Privat-Telegramm stellt sich das Resultat folgendermaßen: 71 Zentrum, 67 Liberale, 5 Sozialdemokraten, 4 Konservative, 7 Bauernbündler, 1 Demokrat (dieses Mandat wurde

den Körper über dem Geist nicht vergaß, was ihm ziemlich häufig geschah, wenn irgend eine Notiz in der Zeitung seine besondere Entrüstung erregte. Sie plauderte leise mit Magdalene, als Vater Deschamps plötzlich, wie wenn er einen seiner bestgehaßten Gegner in Person vor sich hätte, laut ausrief:

„Kanaille!“ „Was giebt's denn wieder, Großvater?“ fragte Johanna, ohne irgendwie erstaunt zu sein.

Dieser Intrigant, der Nestor, hat sich in der Kammer gegen jeden Versuch einer Steuerreform erklärt! Vor zwanzig Jahren habe ich für ihn meine Stimme abgegeben. Ich kann mich garnicht darüber beruhigen. Zu der Zeit war er ein kleiner Advokat, der noch auf seinem politischen Glaubensbekenntniß die progressive Steuer auf Kapital und Renten zu stehen hatte. Damals nannte er sich Sozialist, der Lügner der!“

Der brave Mann mußte nun nothgedrungen zugestehen, daß alles, was Ueberzeugung und Gewissensbisse heißt, für einen Politiker Ballast ist, dessen er sich entledigen muß, wenn er hoch steigen will. Er murmelte noch:

„Und alles das, um Minister zu werden! O diese Bourgeois, diese Bourgeois, welch Jammergeschlecht!“

Magdalene, die zuhörte, ohne etwas begreifen zu können, glaubte nun den Moment gekommen, in dem sie eingreifen mußte.

„Sag, Mütterchen, Freund André ist doch kein Bourgeois!“

„Doch,“ antwortete Johanna. „Aber er ist nicht wie die anderen.“

Sie war überrascht, fast verwirrt, als sie die Worte überlegte, die sie eben gesprochen. Indes achtete niemand darauf. Vater Deschamps wandte sich schon wieder an die Kleine.

„Ja, er gefällt mir recht gut, Dein Freund André. Er hat so ein freies und offenes Wesen. Er macht den Eindruck eines braven Jungen auf mich. Doch muß man ihn noch erst besser kennen lernen.“

Dies führte das Gespräch auf den versprochenen Besuch im Hause André's. Auf den nächsten Donnerstag war er

festgesetzt. Magdalene meinte, es wäre noch sehr lange bis dahin, und sie hatte Mühe, sich den Vorstellungen Johanna's zugänglich zu zeigen, die ihr zu beweisen suchte, daß es unartig wäre, so ungeduldig zu sein.

Mittlerweile kam der festgesetzte Tag heran. Im Salon der Murillostraße erwartete man mit einiger Ungeduld den angekündigten Besuch. Frau Savenay hielt es für ihre Pflicht, diejenige, welche ihrem Sohne so mader beigegeben, so gut wie möglich aufzunehmen. Margarethe ging in feierhafter kindlicher Unruhe umher, denn sie bildete sich ein, sie würde nun Wesen von einer ganz besonderen Art zu sehen bekommen. Miß May, die durchaus mit von der Partie sein wollte und die zu dieser Gelegenheit eine ungewöhnlich auffallende Toilette angelegt hatte, plauderte mit André über seine neuen Freunde, behauptete, daß er sich in seinem Wesen verändert habe, daß er jetzt langweilig wäre, wie ein volkswirtschaftlicher Leitartikel, sie beschuldigte ihn, sich mit tief unter ihm stehenden Personen abzugeben zu haben und fand ein Vergnügen darin, ihn über seine Jeanne d'Arc des Sozialismus auszuforschen.

Als André, nur um ihr zu widersprechen, viel mehr Gutes von Johanna erzählte, als er in Wirklichkeit mußte, gelobte sich Miß May, eifersüchtig und gereizt durch seine Worte, diese kleine, dreiste Person, in der sie instinktmäßig eine Feindin witterte, auf die schönste Art zu demüthigen.

Endlich trat Johanna mit Magdalene an der Hand herein. Sie näherte sich ohne jede Bewirrung, so anmuthig in ihrem einfachen Kleide, so sicher in ihrem Gang, so wenig besungen durch den sie umgebenden Luxus, daß Miß May, die sie ungenirt gemustert und angestarrt hatte, sich auf die Lippen beißen mußte.

Dafür zeigte Magdalene um so offenkundiger ihr Erstaunen, ganz stumm vor Verwunderung und Schüchternheit blickte sie nur mit ihren großen Kinderaugen um sich. Während ihre Augen so staunend umherstreiften, stranchelten ihre Füße über den Teppich, stieß sie sich an den Möbeln, so daß André sie in seine Arme nehmen mußte, um ihr die Sprache und wenigstens etwas von ihrer

Den **Teufel durch Beelzebub** vertreiben und das Zentrum durch den Papst bekämpfen zu wollen, diesen lächerlichen Versuch machen die Nationalliberalen nicht zum ersten Male. Die sie den Papst in der Septennatsfrage gegen das Zentrum anriefen, so möchten sie jetzt die Fuldaer Bischofs-Konferenz ihr Verdammungsurtheil gegen diejenigen Zentrumswähler aussprechen lassen, welche in der Stichwahl nicht den nationalliberalen Kandidaten gegen den Sozialdemokraten unterstützten.

Erwerbungen der „**toten Hand**“. Nach einer Zusammenstellung des preussischen Kultusministeriums sind Zuwendungen von über 3000 M., die also der landesherrlichen Genehmigung bedurften, im Jahre 1892 an katholische Pfarrgemeinden und Kirchen 148 im Gesamtbetrage von 1 753 650 M., an katholische kirchliche Anstalten, Stiftungen u. s. w. 44 im Gesamtbetrage von 1 614 728 M. erfolgt. Für Bischöfer und die zu denselben gehörenden Institute sind 24 Schenkungen im Betrage von 895 142 M. gemacht worden. Den evangelischen Kirchen und Pfarrgemeinden kamen zu gut 94 Zuwendungen von zusammen 1 237 385 M., evangelisch-kirchlichen Anstalten, Vereinen u. s. w. 27 Zuwendungen in Höhe von zusammen 1 165 746 M. Für eine evangelisch-kirchliche Gemeinschaft außerhalb der Landeskirche sind in einem Falle 5000 M. bestimmt worden.

Magdalene meinte, es wäre noch sehr lange bis dahin, und sie hatte Mühe, sich den Vorstellungen Johanna's zugänglich zu zeigen, die ihr zu beweisen suchte, daß es unartig wäre, so ungeduldig zu sein.

Als André, nur um ihr zu widersprechen, viel mehr Gutes von Johanna erzählte, als er in Wirklichkeit mußte, gelobte sich Miß May, eifersüchtig und gereizt durch seine Worte, diese kleine, dreiste Person, in der sie instinktmäßig eine Feindin witterte, auf die schönste Art zu demüthigen.

Endlich trat Johanna mit Magdalene an der Hand herein. Sie näherte sich ohne jede Bewirrung, so anmuthig in ihrem einfachen Kleide, so sicher in ihrem Gang, so wenig besungen durch den sie umgebenden Luxus, daß Miß May, die sie ungenirt gemustert und angestarrt hatte, sich auf die Lippen beißen mußte.

Den getrennen Markt will jetzt der Wolf, dem die Zähne ausgefallen sind, gegenüber den Schafen spielen. Der Reichskanzler warnt vor der Bewilligung der Militärvorlage. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: Die Reichstags-Mehrheit, welche die Militärvorlage ohne vorherige Regelung der Kostenbedeckungsfrage annimmt, akzeptiert damit einen Blankowechsel, dessen Einlösung am Verfalltage unter Umständen unwequem sein kann. General Caprivi hat zwar erklärt, daß die Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer fallen gelassen sei, dafür solle die Börsensteuer „anders und ergiebiger“ gestaltet und das landwirtschaftliche Gewerbe von neuen Steuern freigelassen werden; aber in Steuerfragen überwiegt der Druck der Thatsachen häufig die besten Absichten, und jedenfalls befindet sich der Reichstag, wenn er die Militärvorlage ohne Regelung der Kostenfrage genehmigt hat, in der Zwangslage, das Steuerprogramm der Regierung schließlich annehmen zu müssen, auch wenn es ihm nicht gefällt.

Fürst Bismarck weiß aus eigener Erfahrung zu reden; er kennt die Geheimnisse des Bauernfanges. Ist einmal die Militärvorlage angenommen, so fallen auch alle Einwendungen in der Kostenbedeckungsfrage. Die Kartellmehrheit wird auf jeden Fall sagen müssen, wenn sie einmal A gesagt hat. Und das hat sie jetzt gethan.

In Gnaden wieder aufgenommen hat, wie wir bereits gemeldet haben, das Zentrum den Abgeordneten Fusanget, aber für die Sünde gegen die Stempel-fälscher und Steuerhinterzieher, für die Todsünde gegen den heiligen Geldsack muß er doch büßen. Für die „Westfälische Volkszeitung“, die bisher unter seiner Leitung stand, soll der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zufolge bereits ein neuer Redakteur in der Person eines Dr. Thömes aus Berlin verpflichtet worden sein.

Das Heine-Denkmal soll endlich (wenn nichts dazwischen kommt) in Deutschland einen Platz finden und zwar in Mainz. Die ästhetische Kommission der Stadtverordneten daselbst hat den Antrag angenommen, zur Aufstellung des Heine-Denkmal auf einem geeigneten städtischen Platz die Genehmigung zu erteilen. Es wird nicht daran gezweifelt, daß die Stadtverordneten-Versammlung dem Antrage ihrer Kommission beipflichten wird, aber — zwischen Lipp und Kelschbrand — könnten die Mainzer Bollbürger das Beispiel ihrer Düsseldorfser heldenmüthigen Kollegen wiederholen.

Den Soldatenmangel, dem abzuwehren die neue Militärvorlage angeblich bestimmt sein soll, illustriert eine Nachricht, welche uns ein Parteigenosse aus Jüterburg zugehen läßt. Derselbe schreibt uns: Am 3. Juli wollte ich meinen Bruder, der beim litthauischen Ulanen-Regiment Nr. 12 als gemeiner Soldat dient, besuchen. Wie groß war nun mein Erstaunen, als ich auf die Erkundigung nach meinem Bruder den Bescheid erhielt, derselbe sei mit einer Anzahl Kameraden abkommandirt auf ein Gut, um dort für den Besitzer desselben das Futter einerseits zu helfen. Also dazu müssen wir Bürger und Arbeiter die riesigen Steuerlasten für das Militär tragen und unsere Brüder und Söhne in immer größeren Massen den blauen Rock anziehen, damit gelegentlich die Herren Gutsbesitzer billige Ernte-Arbeiter haben.

Nicht der duell-süchtige Gilger, sondern ein Kollege von ihm, ein Bergassessor oder Bergreferendar Brinmann, ist im Duell erschossen worden. Herr Gilger kann also seine famosen Klagen ansprechen.

Das österreichisch-ungarische Ausfuhrverbot für einige Futtermittel, für Heu, Klee, Stroh, Delschen und getrocknete Schlempe, so meldet man offiziös, wird Anfang nächster Woche in Kraft treten.

Der Kongreß der französischen Arbeitsbörsen trat gestern in Paris zusammen. Sämmtliche Börsen — 36 an der Zahl — waren vertreten, und der Kongreß faßte unmittelbar nach seinem Zusammentritt, den einstimmigen Beschluß, gegen die Schließung der Pariser Arbeitsbörse zu protestiren, und an die französischen Arbeiter ein Manifest zu erlassen mit der Aufforderung, sich an der Jahresfeier des Bastillesturms — 14. Juli 1789 — nicht zu betheiligen.

Wolff's Telegraphen-Bureau meldet: Ein Vertreter aus Toulon fährt aus, die Arbeiter zu Erbeuf erklärten sich solidarisch mit dem Kongreß und protestirten gegen die Schließung der Arbeitsbörse.

sonstigen Geistesgegenwart wieder zu geben. Er brachte sie zu seiner Schwester, die sie abwechselnd mit Bekereien und Diebstehlen überschüttete und ihr auseinandersetzte, daß sie die Schwester von Magdalene's Freund Andre sei.

Das Kind, noch immer verschüchtert und verwirrt, sah ferngrade auf der Kante eines seidenen Sessels mit einer Miene, als ob sie es fürchtete, diese schönen Sachen zu bestehlen, wenn sie sich ganz hineinsetzte. Inzwischen war Frau Savenay auf Johanna zugegriffen, hatte sie neben sich auf ein Sopha gezogen und sprach ihr in überschwänglicher Weise ihren Dank aus.

Dann fragte sie mit jener Liebenswürdigkeit, die von Herzen kommt, nach ihrem Großvater, nach ihrem häuslichen Leben, und Johanna, die von einer so freundlichen Aufnahme gerührt war, antwortete in ihrer natürlichen Weise mit ruhiger Anmuth. Margarethe war über ihr Wesen ganz erstaunt und entzückt zugleich. Leise sagte sie zu Andre:

„Aber diese kleine Menschenresserin ist ja allerliebste!“

Dann wandte sie sich an Johanna:

„Sie gestatten wohl, Fräulein, daß ich Ihnen Magdalene für einen Moment entführe. Die Schneiderin wartet bereits auf sie.“

„Ich danke Ihnen in Magdalene's Namen, antwortete Johanna. Aber ich bitte darum, daß alles recht einfach gemacht werde, nicht wahr? Es hieße der Kleinen einen schlechten Dienst erweisen, wenn luxuriöse Neigungen in ihr geweckt werden sollten.“

„Germaine versprach das und ging mit Magdalene hinaus. Bei mir hast Du doch keine Furcht?“ sagte sie zu ihr und lächelte. „Ich werde Dir das ganze Haus zeigen, wenn Du artig bist.“

Die Kleine antwortete nur mit einem Lächeln.

„So leben Sie also ganz allein mit Ihrem Großvater?“ sagte Frau Savenay, indem sie dem jungen Mädchen eine Tasse Thee einreichte. „Langweilen Sie sich denn da nicht manchmal?“

Frankreich. In der Deputirtenkammer brachte Beauquier den Antrag ein, daß die Hälfte der Militärpflichtigen aus der Jahresklasse 1890 vom 1. Oktober ds. Js. ab auf 6 Monate beurlaubt und die Reservisten im Jahre 1893 nur zu einer 21tägigen Übung statt zu einer 28tägigen einberufen werden sollen. Die hierdurch erzielten Ersparnisse im Betrage von 19 Millionen Franks sollen an die durch die Trockenheit in Nothland gerathenen Landwirthe vertheilt werden. Der Antrag wurde an die Bureau's verwiesen.

Die Kammer genehmigte mit 306 gegen 28 Stimmen das Budget und nahm den Gesetzentwurf, betr. die Kolonialarmee, an.

Der Streik der Bergarbeiter in England dehnt sich aus. Nach einer Depesche von heute Nachmittag ist 25 000 Arbeitern in Derbyshire gekündigt worden, falls sie sich eine Lohnkürzung von 25 pCt. nicht gefallen lassen. Das werden sie aber nicht thun, und da die Arbeiter, denen jetzt gekündigt ward, zum Allgemeinen Bergarbeiterbund gehören, so werden nun voraussichtlich sämtliche Mitglieder dieses Bundes austreten — d. h. über eine halbe Million Grubenarbeiter. „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.“

In Egypten wird irgend eine diplomatische „Frage“ zurechtgebracht. Der junge Kheive, der sich schon einmal auf die Hinterfüße zu stellen versuchte, ist nach Konstantinopel zu seinem souveränen Herrn, dem Sultan, gereist, und scheint ihn zum Vorgehen gegen England bestimmen zu wollen. Gegen England heißt dort: für Rußland. Und wir haben es unzweifelhaft mit einer russischen Intrigue zu thun. Nun — John Bull kennt seine Pappenhäimer und läßt sich nicht leicht verbläffen.

Der internationale Kongreß in Zürich wird nicht vertagt werden. Er wird also am 6. August eröffnet werden.

Parteinachrichten.

Zum Delegirten für den internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß in Zürich wurde von einer Parteiversammlung in Solingen der Reichstags-Abgeordnete Schumacher gewählt.

Ueber die Anwendung der Boykotts bringt die „Mannheimer Volksstimme“ einige Betrachtungen, die auch wir weiterer Beachtung für werth halten und deshalb an dieser Stelle wiedergeben:

In einigen, allerdings sehr vereinzelt Fällen, so schreibt unser Bruderorgan, ist bei einzelnen Parteigenossen nach den Wahlen die Lust laut geworden, kleine Geschäftstreibende, Gastwirthe, Kaufleute und Bauern, die ihre Wirtschaftsergebnisse zu Markte bringen, durch einen Boykott dafür zu bestrafen, daß sie nicht sozialdemokratisch gewählt haben. Vor einem solchen Schritte, der als Vergeltung und Nachahmung der von unseren Gegnern geübten Wahl-Zwangsmittel ja zu bezeichnen ist, kann nicht ernstlich genug gewarnt werden. Unsere Parteitage von Halle und Berlin haben durch die einstimmige Annahme von klaren Resolutionen diese Anwendung des Boykotts auf das Entschiedenste verworfen. Unter keinen Umständen darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergeltung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Bekundung zu erzwingen, heißt es in der Resolution des Berliner Parteitages. Es kann in der That nichts Ueblicheres geben, als durch wirtschaftliche Schädigung einen Menschen zur politischen Heuchelei zu zwingen. Wir bezeichnen es mit Recht als niederträchtig, wenn gewissenlose Schlotzunker die Arbeiter durch die Hungerpreise zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu wählen. Ebensovienig aber dürfen wir es unternehmen, durch den Boykott die Freiheit der politischen Ueberzeugung anderer zu bedrohen. Anders verhält es sich mit einer Anzahl politischer Gesinnungsklassen, die ihres Geschäftes wegen dem Arbeiter ins Angesicht schon thun, an anderen Orten und zu anderen Zeiten sich aber über sie in den gemeinsten Schmähungen ergehen, wie es uns von verschiedenen Seiten aus der Schwelinger- und Redar-Vorstadt zugeht. Wenn unsere Genossen die Geschäfte solcher Leute meiden und lieber bei einem offenen, ehrlichen Geuer kaufen, sofern sie ihre Einkäufe nicht bei Genossen decken können, so erfüllen sie nur ein Gebot der Selbstachtung. Denn nichts ist in unseren Augen verwerflicher als politische Heuchelei und Heuchelei aus Ge-

„Ja, aber was thun Sie denn, wenn er fort ist?“

„Dann lese oder arbeite ich.“

„Sie spielen doch auch gewiß Klavier?“ warf Miß May ein.

„Nein, wir besitzen kein Klavier.“

„Ist es möglich? Wie merkwürdig! Sie sind das erste Wesen, das ich kennen lernte, das kein Klavier hat.“

Die Tochter meiner Concierge besitzt sogar eines.“

„Da muß man dem Fräulein ja Glück wünschen,“ unterbrach Andre sie lachend. Sie hat damit viel vor ihren Zeitgenossen voraus. Sie hat nicht wie unzählige andere ihres Geschlechts ihren unschuldigen Nachbarn die Folterqualen bereitet, ihre Tonleitern, Arpeggien und falschen Läufe mit anhören zu müssen.“

„Da haben Sie gewiß andere Vergnügungen, die Ihnen das ersetzen?“ fragte Frau Savenay freundlich.

„O ja! Im Winter führt mich mein Großvater von Zeit zu Zeit ins Theater.“

„Und in die öffentlichen Versammlungen . . .“ warf Miß May nachlässig hin.

„Was für mich ein großes Glück war,“ fügte Andre hinzu.

„Im Sommer machen wir oft des Sonntags kleine Ausflüge.“

„Wie! Sie bleiben im Sommer in Paris?“ rief Miß May.

„Ich muß wohl!“

„Sie kennen dann wohl auch die Seebäder nicht?“

„Ich habe das Meer noch nie gesehen.“

„Auch das Gebirge nicht, möchte ich dann wetten?“

„Auch das nicht.“

„Die Oper etwa auch nicht?“

„Ich bin noch nie in der Oper gewesen.“

„Wie? Noch nie! Noch nie! Das ist ja unerhört! Eine Pariserin, die noch nicht in der Oper war! Ich hätte geglaubt, das wäre ein Ding der Unmöglichkeit!“

Und Miß May brachte ihr Vergnügen an die Augen und starrte Johanna wie ein Wunderthier an.

(Fortsetzung folgt.)

schäftsbrüchigen. Mögen sich unsere Genossen obige Zeilen als Richtschnur dienen lassen.

In den bayerischen Landtagswahlen. Einen letzten Versuch, die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten in Nürnberg zu hintertreiben, machten die Gegner noch in letzter Stunde. Wie die „Frankl. Tagespost“ meldet, wurde seitens des freisinnigen Agitators, Architekt Secht, gegen 37 sozialdemokratische Wahlmänner Protest eingelegt, der jedoch vom Wahlausschuß verworfen wurde.

Vermieth. Alle diejenigen Freunde und Parteigenossen, welche Auskunft über den Aufenthalt des bis zum 23. Juni d. J. in Barmbeck-Hamburg, Fahlsbüttelerstraße 33, wohnhaften Schneiders C. Holzendorf geben können, werden gebeten, dieselbe umgehend an D. Roenen, Hamburg-Gimsbüttel, Henriettensstr. 46, 3. Et., gelangen zu lassen. Alle Parteiblätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Gerichts-Beitrag.

Reichsgericht. Leipzig, 13. Juli. In der Strafsache gegen den Kaufmann Karl Paasch wegen Verleumdung des Justizministers v. Schelling stand heute vor dem Reichsgericht Termin zur Verhandlung der von Paasch gegen das Urtheil der Strafkammer 8 des Landgerichts I in Berlin vom 18. Mai d. J. eingelegten Revision an. Paasch war damals zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurtheilt worden. Das Reichsgericht setzte die Verhandlung aus, bis das Resultat über die Beobachtung des Geisteszustandes des Paasch vorliege. Später erschien Paasch und erklärte, zum Termin beurlaubt zu sein, konnte aber eine Bescheinigung über seine Haftentlassung nicht vorlegen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. B. Dieß Verlag) ist soeben das 42. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der neue Reichstag. — Lohnform und Preis der Arbeit. Von Max Schippel. II. — Der Sozialismus in Frankreich während der großen Revolution. Von C. Hugo. — Die russische Handelspolitik. — Literarische Rundschau. — Notizen: Nationalliberale Geschichtsschreibung. — Feuilleton: Der Wunderstrand. Vaterländische Erzählung von Ludwig Schierl.

Des Freiherrn von Stein Grundsätze und Ansichten nach dessen eigenen Worten. (Mit dem Bildnisse Stein's.) Herausgegeben von Alfred Wingele. Freiburg i. Br. Verlag: Ernst Mohr. Preis 1 Mark.

Der Pessimismus im Lichte einer höheren Weltanschauung von Dr. J. Friedländer und Dr. W. Verendi. Berlin. S. Giesmann's Verlag. 111 S.

In klar und schön geschriebener, vielleicht nur etwas zu breiter Darstellung machen die Verfasser den Versuch, durch Rückkehr zum Pantheismus Spinoza's zwischen der spiritualistischen Weltanschauung des Christenthums und der materialistischen der Naturwissenschaft zu vermitteln. Ein solcher Versuch jedoch, das naturphilosophische System des großen Niederländers aus dem 17. Jahrhundert in die Gegenwart zu übertragen, nachdem Darwin, Marx und Engels die Abstammung und Entwicklungsgeschichte des Menschen gelehrt haben, erscheint uns von Haus aus verfehlt. Unzweifelhaft sind wir von dem naturwissenschaftlichen Erkennen der psychologischen Gesetze, der letzten Ursachen und Zusammenhänge in der belebten und unbelebten Natur noch weit entfernt, aber die Einführung neuer oder alter Unbekannter, der „Wesenheiten“ (Spinoza's modi) bringt uns gewiß nicht weiter. Daß jedes Wesen den Drang hat, sich in seinem Wesen zu erhalten, widerspricht durchaus nicht, wie die Verfasser anzunehmen scheinen, der materialistischen Auffassung des Darwinismus, ist doch der Satz weiter nichts als eine Umschreibung der Lehre von der Vererbung, von der Kontinuität des Keimplasmas. Der immer wiederkehrende Anspruch und Anspruch der Verfasser, mit Hilfe des Pantheismus zu einer höheren Weltanschauung durchgedrungen zu sein, ihr Glaube an die Willensfreiheit der „freien Menschen“, welche Geschichte machen, sind keine Beweise. Dabei gelangen diese Anhänger idealistischer Geschichtsauffassung konsequenterweise zur reinsten Erfolgsanbahnung, zum Herrenmoralstandpunkt Nietzsche's, und bewundern in dem brutalen Manne der Ausnahmeseite, dessen letzte „Geisteswaffe“ gegen fezielle Bewegungen die Finte ist, die schießt, und der Säbel, der haut, einen solchen wahrhaft „freien Menschen“. — Der Materialismus in der Natur- und Geschichtsbetrachtung führt durchaus nicht zum Pessimismus, Beweis dafür die großartige Massenbewegung unserer Tage; das durch die ökonomische Entwicklung zum Bewußtsein seiner Lage und damit seiner Kultur-aufgabe gelangte Proletariat, nicht die „Geisteskräfte“ von Staatsmännern und Philosophen verbürgen den Fortschritt des Menschengeschlechts, weisen den Weg aus der Vorgeschichte der Menschheit zu jener Kultur, die den Besten aller Zeiten als Ideal vorgezeichnet.

Vermischtes.

Ein Postbote in Wattencheid verlor gestern auf schreckliche Weise sein Augenlicht. Als der Mann sich eine Zigarre anzündete, explodirte diese und raubte ihm das Augenlicht. Außerdem erhielt er durch den Händstich schwere Verletzungen im Gesicht. Der Verkäufer dieser Zigarre ist sofort zur Untersuchung gezogen worden.

Eine sehr fromme Obedienzkaufe, der kürzlich in Karlsruhe verstorbenen Domänenpächter Stetter, Vermögensverwalter des Grafen Douglas, hat sich, wie sich bei der Revision herausstellte, großer Unterschlagungen schuldig gemacht. Man spricht von über eine Million Mark.

Bei dem in Vosen garnisonirenden zweiten Leib-Gusarenregiment sind, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, plötzlich 75 Gusaren erkrankt, von denen 24 in das Garnisonlazareth eingeliefert wurden. Die Krankheitsursache konnte noch nicht festgestellt werden.

In der Stadt Weiden ist am Montag eine Feuersbrunst ausgebrochen, die bei dem herrschenden starken Winde und dem Wassermangel nicht nur 10 Wohnhäuser, sondern auch 24 Stallungen und Nebengebäude in Asche legte. Telegraphisch war nach Bayreuth auch die Angabe gelangt, die Gasfabrik sei in die Luft geflogen, doch stellt es sich heraus, daß dies nicht wahr ist. Ungefähr 36 Familien sind obdachlos. Mit dem, was an Mobiliar und Futtermitteln verbrannt ist, beträgt der Schaden mehr als 200 000 M. Mehrere Personen erlitten Verletzungen.

Mannheim, 12. Juli. In Bruchsal brannte infolge Blitzschlages das Feuertagmagazin der Militärbehörde nieder.

Ein kleiner Theil der Auflage vom Hauptblatt der gestrigen Nummer unserer Zeitung ist verdrückt. Die Postabonnenten erhalten mit der heutigen Nummer richtig gedruckte Hauptblätter, während wir unsere hiesigen Abonnenten ersuchen müssen, den event. Umtausch bei ihren Exeditoren oder in unserer Expedition bewirken zu wollen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 14. Juli.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Die schöne Helena.
Kroll's Theater. Fra Diavola.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegerpapa.
Alexanderplatz-Theater. Faust.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattungs-Poffe mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Prudens. Musik von Adolph Widoeko. Regie: M. Samst.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne: Ein kleines Mißverhältniß. Lustspiel in 1 Akt. — Regie: F. Schäfer.
Hierauf:
Die Sonntagsgäger.
Poffe in 1 Akt. Regie: Fritz Schäfer.
Zum Schluß:
Die Ballettschule.
Poffe mit Gesang und Tanz in 1 Akt. Regie: Hugo Hummel.
Vor, nach und zwischen den Einaktern Auftreten von Spezialitäten I. Ranges. Täglich neues Programm.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Grösstes
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Castan's Panopticum.
Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres. Bauern-Aufstand!
Illusionist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Gehr. Beyer; Gehr. Caudell; Familie Granathos; M. Grabow; Herm. Schulte u. s. w.
Im Saale: **Ball.**
— Volksbelustigungen aller Art. —
Entrée 30 Pf.
Jed. Mittwoch: Familien- u. Kinderfest.

Victoria-Brauerei, Bülowstraße 111-112.
Garten resp. Saal. (außer Sonnabends)
Täglich Stettiner Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonnt. 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf-Billets Sonntags keine Gültigkeit.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger vom Kruskal-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Freitag, den 14. Juli:
Große Brillant-Vorstellung.
Zum 7. Male:
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib durch die Jahrhunderte.
Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten u. Geschl. geführt. Inszeniert vom Dir. Ernesto Ciniselli. Arrangements u. vorkommende Tänze vom Königl. italienischen Balletmeister **Ant. Tignani.**
Ferner Auftreten der renommiertesten Künstler und Künstlerinnen, sowie Reiten und Vorführen der bestbesetzten Schul- und Freizeitspferde.
Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

BERLINER HIPPODROM
am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Freitag, den 14. Juli:
Neu! Zum 1. Male: Neu!
Am Strande von Ostende.
Gr. Wasser-Pantomime in 13 Bildern v. Arthur Fraonkel, Ballets, arrang. von Eug. Clebus, Musik vom Kapellmeister Beranek. Unter Mitwirkung v. 300 Damen, 200 Herren, 80 Pferde, 30 Wagen etc. etc.
Grosses Corps de ballet, Ruder-Regatta, Schnitzeljagd, Blumenkorso etc. etc.
Ausserdem grossart. Programm. Die berühmten Thurnsellskünstler **Miss Athene** und **Mr. Hajez** in ihren unerreichten Leistungen etc. etc.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., referierter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmuth Peters.
Donnerstag, den 13. Juli: Benefiz für die Maritz-Gasch-Truppe.

Moritz-Etablissement Moritz-Platz. Buggenhagen.
Täglich: **Gr. Garten-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausbeute von **Vaterhofer Lagerbier,** hell und dunkel. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Ostbahn-Park
am Kärntner Platz, (Hermann Jnds)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: **Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**
Neu u. sensationell: 3 Schwestern **Peretti,** Kunstschaffnerinnen.
Emmy u. Reinhold Hintsche, Gesangs- u. Charakter-Duettsisten etc.
Volksbelustigung jeder Art. 4 Kegelbahnen u. Vergnügung. Kaffeeliche geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

Verband der Sattler und Tapezirer.
Sonnabend, den 15. Juli 1893:
Große Dampfer-Nacht-Partie
auf der Oberspree verbunden mit
Sommernachts-Ball
in dem romantisch gelegenen, neu errichteten Etablissement „Schlosspark Wilhelminenhof“ vis-à-vis Hasselwerder.
Abfahrt Abends 9 Uhr von der Fannowitz-Brücke. Billets für Hin- und Rückfahrt inkl. Tanz 75 Pf.
Dieselben sind nur noch in beschränkter Zahl zum vierten Dampfer im Zigarrengeschäft von Seeliger neben der Dampferstation, sowie bei C. Schultze, Königsbergerstr. 11, v. 4 Zr., zu haben.
Gäste willkommen. Das Comité.

Arbeiter-Bildungs-Schule. (S.O.)
Die Teilnehmer am Unterricht über **Gesetzkunde** beschloßen einstimmig, für die Folge **Freitags** Abends 8 1/2 Uhr, in der Schule Reichsbergerstraße 183, den Unterricht stattfinden zu lassen. Die Gewerbegerichts-Beisitzer, Gewerkschafts- und Kassenvorstände sind hierdurch nochmals höflichst eingeladen.
403/4

Dem Geburtstagskinde **J. Dahms** ein donnerndes Hoch! (863b) E. D.
Unserem Freund und Genossen **Gustav Arloff** zum heutigen Wiegensfest ein donnerndes Hoch, daß die ganze Weisenfeier Dorschenke wackelt! 871b
O. R. R. S. A. N.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und Vater der Steinträger **Gottlieb Jahn** am Dienstag im 57. Lebensjahre nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 873b
Die trauernden Hinterbliebenen **Wittwe Jahn** nebst Kindern Die Beerdigung findet Sonntag, den 16. Juli, Vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle der St. Andreas-Gemeinde in Wilhelmsherg statt.

Krankengeld-Zuschuss- und Begräbniskasse d. Berliner Knopfarbeiter.
Montag, den 17. Juli Abds. 8 1/2 Uhr, bei Stadernack, Päcklerstr. 49:
Versammlung
Da wichtige Punkte zu erledigen sind, ersucht um zahlreichen Besuch
869b **Der Vorstand.**

Schöneberg.
Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schönebergs und Umgegend.
Sonntag, 16. Juli, Nachm. 1 1/2 Uhr, in Jacob's Salon, Grunewaldstr. 110:
Mitglieder-Versammlung.
Um zahlreichen Erscheinen ersucht
121/11 **Der Vorstand.**

Athletenverein Atlas.
Sonnabend, den 15. Juli, in Noack's Festsälen, Brunnenstr. 16:
Sommernachts-Fest
im großen prächtigen Garten. Im Saale nach der Vorstellung:
Grosser Ball. 875b
Anfang 7 Uhr. **Der Vorstand.**

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, 16. Juli, II. Abtheilung:
Tartüffe von Molière
Loose à 20 Pf. zur neuen großen Bühnenverloosung im Theater und an den Zahlstellen. 410/1

Lassalle und Marx Wandteller i. Bronze
großartiger Zimmerschmuck, empfiehlt den Genossen und Genossinnen zu soliden Preisen 864b
Emil Jost,
Berlin SO., Mariannen-Strasse Nr. 21, früher Camphausenstr. 2.
Der Artikel eignet sich zur Verloosung, bitte Vereine und Veranstalter von Vergnügungen darauf Bezug zu nehmen.

Ehren-Erklärung.
Die Beleidigung, die ich Herrn Hermann Lauschke, Straußbergerstr. 43 wohnhaft, zugefügt habe, nehme ich hiermit voll und ganz zurück.
Berlin, den 13. Juli 1893.
876b **Friedrich Krause.**

Altes Schützenhaus,
Lindenstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 753b
Achtung, Genossen!
Stimmdebare Herren, welche gewillt sind, einem Arbeiter-Gesangsverein beizutreten, können sich Freitags, Abends 9 Uhr, im Vereinslokal, Boeckstr. 8, melden. 863b

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Montag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr:
Große Versammlung
Beuthstraße 22, 1 Tr.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Sueb** (Mülhausen). 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Jedermann hat Zutritt. Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Um zahlreichen Erscheinen ersucht
870/12 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Fachverein der Marmor- u. Granit-Arbeiter
Berlins.
Sonntag, den 16. Juli, 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.

Maurer Berlins!
Große Versammlung
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins
am Sonntag, den 16. Juli, Vorm. 10 Uhr, im Lokale „Königshof“, Bismarckstraße Nr. 37.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **H. Böker** über: Unsere politische und wirtschaftliche Lage. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Sämtliche Kollegen sind hierdurch freundlichst eingeladen, hauptsächlich aber die Kollegen im Süden und Westen.
881/4 **Der Vorstand.**

Achtung, Maurer!
Große öffentliche Versammlung der Maurer und Putzer Berlins
am Sonntag, den 16. Juli, Vorm. 10 1/2 Uhr, im großen Saale von **Buggenhagen**, am Moritzplatz.
Tages-Ordnung:
1. Die Erfolge der Sozialdemokratie und die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Genosse **Fritz Hausen.** 2. Das Submissionswesen im Baugewerbe. 3. Gewerkschaftliches.
Die Vertrauensmänner
D. Schigolsti. F. Gräbste.
249/8

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.
Sonntag, 16. Juli, Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Säger, Grüner Weg 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom 2. Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. — Der Zahlung bei Ulrich fällt aus. Beiträge werden in der Versammlung entgegen genommen.
Der Vorstand.

Montag, den 17. Juli, Abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung der Holzarbeiter
(Eisler, Klavierarbeiter, Drechsler, Bürstenmacher, Stellmacher etc.) bei **Joël, Andreasstraße Nr. 21.**
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Deutschen Holzarbeiter-Verband. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Robert Schmidt.** 2. Diskussion. 3. Wahl des Vertrauensmannes der Holzarbeiter Berlins. 4. Wahl der Vertreter zur Streik-Kontrollkommission. 5. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen bitten wir jeden Kollegen, für recht regen Besuch der Versammlung zu agitieren. **Der Vertrauensmann.**

Achtung, Ristenmacher! 191/16
Die am Sonnabend, den 8. Juli, ausgefallene General-Versammlung findet am **Sonnabend, den 15. d. M.,** in den Armin-Hallen mit derselben Tagesordnung statt.

Freie Vereinigung d. Lohgerber, Lederzurichter und Berufsgenossen Berlins.
Sonnabend, den 15. Juli 1893, im **Victoria-Park,** Frankfurter Allee 72/73:
Grosses Sommer-Fest
bestehend in
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung, sowie großem **Sommernachts-Ball** u. **Familien-Kaffeekochen.**
Die Kaffeeliche ist von 8 Uhr ab geöffnet.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Billets sind zu haben bei G. Wasse, Sophienstr. 28; B. Ebel, Pringens-Allee 46; Friedigleit, Wörthstr. 26; Gullinot, Sandberger Allee 52; D. Dabau, Koppenplatz 2; G. Herzog, Biesenthalerstr. 19. 206/4
Freunde und Genossen werden hiermit freundlichst eingeladen.

Berein der Ginseker (Tischler)
Berlins und Umgegend.
Die Dampfer-Partie des Vereins findet am 17. Juli statt. Abfahrt von Fannowitz-Brücke punkt 8 Uhr; es wird gebeten, früher zu erscheinen, um den Aufenthalt nicht zu verlängern. Um rege Betheiligung ersucht
145/13 **Der Vorstand.**

Volksfest Schönholz.
Bei der stattgehabten Verloosung wurde die Nr. 3 gezogen, mithin haben alle Nummern, deren Endziffer eine 3 ist, gewonnen, und sind die Gewinne bei Gumpel, Barnimstr. 42, abzuholen; ferner sind daselbst folgende gefundene Gegenstände abzuholen: 1 Herrnhut, 1 Kinderjacket, 2 Peterinen.
106/9 **Das Comité.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 13. Juli 1893. 12 Uhr.

Am Bundesrathssitz: von Bütticher, von Kallenborn, von Marschall, Edler von der Planitz, Ritter von Haag, Schott von Schottenstein, von Heyden, Graf Hohenthal.

Eingegangen ist der Nachtragsetat zur Ausführung der Militärvorlage.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. Osann und Genossen:

Der Unterzeichnete erlaubt sich an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob nicht angesichts des bedauerlichen Nothstandes in betreff von Futter und Streumitteln, welcher in verschiedenen Theilen von Deutschland herrscht, von der geplanten Abhaltung von Manövern in diesen Landesstellen für das gegenwärtige Jahr abgesehen werden kann?

Der preussische Kriegsminister von Kallenborn erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Osann (natl.) weist darauf hin, daß die große Dürre dazu geführt hat, daß ein Futtermangel eingetreten ist in einigen Gegenden, der im Laufe des Jahres durch feuchteres Wetter nicht mehr ausgeglichen werden kann. Neben der Selbsthilfe, die überall eingetreten ist, hat man auch aus den Mitteln der Einzelstaaten schon helfend eingegriffen. Wenn in den nothleidenden Gebieten Kavalleriemänoöver abgehalten werden, so wird die Lage eine noch viel ungünstigere werden. Deshalb hat die heftige Kammer beschlossen, die heftige Regierung aufzufordern, im Bundesrathe dafür zu wirken, daß in den nothleidenden Bezirken keine Manöver stattfinden. Die dürftige Aushilfe, welche beschafft werden kann, wird gerade nur ausreichen zur Erhaltung des Viehs den Winter über. Durch die Verschiebung der Manöver kann für das Militär kein solcher Nothstand eintreten, daß man bedauern den Nothstand der Landwirtschaft nicht zu beachten brauchte. Ebenso gut wie bei dem Troken der Cholera-Epidemie die Manöver abgesehen wurden, könnte das auch im Interesse der Landwirtschaft geschehen. Bei Manövern wird Futter requirirt, woher soll dasselbe aber genommen werden, wenn die Privaten selbst kein Futter für ihr Vieh haben.

Kriegsminister v. Kallenborn: Ich will zu dieser weite Kreise beschäftigenden Frage den Standpunkt der preussischen Kriegsverwaltung darlegen. Das ist das Recht des Kaisers ist, die Manöver anzuordnen, ist selbstverständlich. Die Militärverwaltung hat sich mit dieser Futterfrage auch beschäftigt. Sie hat angeordnet, daß statt der Streumittel Surrogate: Torfstreu, Holzspähne u. s. w. verwendet werden; die Zusammensetzung der Fourageration soll geändert werden und die großen Gefrieranstalten in Straßburg und Metz sollen mit Fleisch gefüllt werden, zu welchem das Vieh aus dem Auslande bezogen werden soll, wo Futtermangel herrscht. Es sind Berichte eingefordert worden, ob Anlaß vorliegt, einer anderweitigen Gestaltung, einer Verschiebung der Manöver näher zu treten oder die Manöver ausfallen zu lassen. Das Ergebnis ist aber gewesen, daß für solche Maßregeln der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. (Große Unruhe.)

Es sollen aber Maßregeln zur Erleichterung der Bevölkerung getroffen werden: Fourage und Streu soll von den Proviantämtern beschafft werden; Quartierverpflegung statt der Magazinverpflegung soll angeordnet werden, soweit überhaupt auf geeignete Verpflegung zu rechnen ist; das Vieh soll zunächst in den Manövergegenden angelautet werden; wo Wassermangel eintreten sollte, soll durch Mitführung von Wasserwagen geholfen werden. (Große Heiterkeit.) Für die Pferde kann natürlich das Wasser nicht mitgeschleppt werden, aber für die Fußtruppen ist das Wassermitführen schon öfter durchgeführt worden. Zur Zeit ist garnicht ausgeschlossen, daß die Futter- und Wasserhältnisse sich bis zum Anfang der Manöver ändern. Das dieß der Fall sein möge, wünsche ich im allgemeinen Interesse.

Auf Antrag des Abg. Bachem, der von allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen unterstützt wird, tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein, in welcher

Abg. Brodmann (Zentrum) das Wort erhält, um im Interesse der Gifelgegenden, die besonders von der Futternoth heimgegriffen sind, den Ausfall der Manöver zu befürworten.

Abg. von Frege (nl.) dankt dem Interpellanten für die warme Vertretung der Landwirtschaft und begrüßt sie als Morgenroth einer neuen Ära. (Heiterkeit links.) Es handelt sich bei der Frage der Futternoth um so viele schwerwiegende Interessen der kleinen Landwirthe und der

kleinen Städte, die immer mehr unter den Manövern zu leiden haben als die großen Städte; denn die Manöverlasten sind Ehrenlasten, die immer noch mit Freude getragen werden. Bei der herrschenden Futternoth kann ich den Wunsch nicht unterdrücken, daß die heute abgegebene Erklärung des Kriegsministers nicht als definitiv angesehen werden möge. Wir können allerdings jetzt noch nicht übersehen, wie sich in 4 bis 6 Wochen die Futterverhältnisse gestalten werden. Sollte aber die Futternoth andauern, dann glaube ich verpflichtet zu sein, anzuschreiben, daß die Maßregeln, welche der Kriegsminister vorgeführt hat, nicht ausreichend sind. Dann werden Ausnahmemaßregeln nothwendig sein. Die Einführung der Magazinverpflegung wird vielseitig gewünscht. Die Kavallerie-Brigade-Exerzitten im Terrain könnten auf den Exerzierplätzen, stattfinden und die Manöver der Fußtruppen könnten beschränkt werden. Vom sächsischen Ministerium ist festgestellt worden, daß der Nothstand in Sachsen in fester Weise abgegrenzt ist; an anderer Stelle Deutschlands ist der Nothstand ein großer. Ich nehme an, daß die Ermittlungen der Sachverständigen des Kriegsministeriums dahin führen werden, die Manöver auf solche Landes- theile zu beschränken, wo die Futternoth nicht so erheblich ist. Besonders wird ein Schaden eintreten für die mittlere und kleinere Landwirtschaft, welche auf den Anbau von Zwischen- gewächsen zu Futterzwecken angewiesen ist. Hier muß daran gedacht werden, daß der Viehstand unserer Nation erhalten wird, denn wenn ein Rückgang der Viehproduktion eintritt, so wird das auch für die Militärverwaltung sehr bedenklich sein, namentlich im Falle der Mobilmachung. Die Soldaten werden freudig begrüßt von der Jugend, namentlich von der weiblichen (Heiterkeit), aber wir müssen auch ein Gefühl für die Landwirthe haben, damit sie in ihrem Patriotismus erhalten werden. Denn woher kommen die Abgeordneten, welche für die Militärvorlage sind? Vom platten Lande!

Generalleutnant von Fund: Eine Verschiebung von Exerzitten hat z. B. bezüglich der Gifel schon stattgefunden oder ist in die Wege geleitet worden. Die Militärbehörden berathen fortlaufend mit den Zivilbehörden und werden sich bemühen, den Nothstand nicht durch militärische Übungen zu verschärfen. Die Militärverwaltung sieht es für ihre Pflicht an, dafür zu sorgen, daß die Truppenübungen der Bevölkerung nicht lästig fallen. Wenn das Streutroh für die Pferde und das Lagerstroh für die Mannschaften von der Militärverwaltung geliefert wird, so kommt dadurch ein Zuwachs von Stroh in die nothleidenden Gegenden, der nicht zu verachten ist.

Abg. Burger (Z.) weist darauf hin, daß in Mittel- und Unterfranken, wo der Nothstand sehr bedeutend ist, gerade Manöver stattfinden sollen; er hoffe, daß die bayerische Militärverwaltung sich bemühen werde, die Manöver in besser gestellte Gegenden zu verlegen. Das bis zum Beginn der Manöver sich die Verhältnisse verbessern sollten, könne er nicht annehmen. Wenn selbst wenn die Witterungsverhältnisse sich bessern, würden die Manöver das Futtermaterial, welches inzwischen wächst, vernichten. Die Landwirtschaft braucht die Futtermittel dringend nothwendig, deshalb sei es Sache der Reichs- und der bayerischen Militärverwaltung, auf die Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen.

Abg. Kröber (Südd. Volksp.) bestätigt, daß die Abhaltung von Manövern in gewissen Gegenden Bayerns, so in Mittel- franken, den Nothstand erheblich verschärfen würde. Redner ist mit dem Abg. v. Frege in dieser Frage vollständig einverstanden, spricht aber die Erwartung aus, daß die Herren (rechts) auch den Antrag wegen Aufhebung der Zölle auf Futtermittel annehmen werden.

Abg. Köhler (Antisemit) erklärt, daß die Landwirthe die Lasten der Manöver nicht tragen können, er beruft sich auf eine Zuschrift aus seinem Wahlkreise.

Bayerischer Kriegsminister v. Uch erklärt, daß die Sache bezüglich der Berücksichtigung der Nothstandegegenden bei den Manövern in die Wege geleitet worden ist. Bezüglich Unter- frankens ist der vollständige Ausfall der Manöver angeregt worden von den landwirtschaftlichen Vereinen und von den Behörden. Ein Bericht des Generalkommandos über diese Frage ist aber noch nicht eingelaufen. Jedenfalls wird die Sache aber im Auge behalten werden.

Abg. Dr. Schoenlauf (Soz.): Die heutige Erklärung des Kriegsministers ist mit Rücksicht auf die Militärvorlage überaus charakteristisch: anstatt einfach zu erklären, angesichts des außer- ordentlichen Nothstandes werden die Manöver ausfallen, will er Mittel und Wege suchen, um die Manöver weniger drückend für die Landbevölkerung zu machen. Diese Mittel reichen aber nur aus für den Militärschatz, um eine große Menge von Aus- gaben zu machen, die das Volk zu tragen hat. Würde der Kriegsminister gezwungen, das Wasser, das in diesen heißen

Tagen den Truppen nachgeführt wird, selber zu trinken, er würde sich schönstens bedanken. Die wichtige Nothfrage kann nur dadurch gelöst werden, daß unser Vorschlag auf Aufhebung der Futterzölle und auch der Lebensmittelzölle angenommen wird. (Vizepräsident v. Bülow ersucht den Redner das Gebiet der Zölle nicht zu betreten). Der Abg. v. Frege hat er- klärt, die Manöverlast wäre eine Ehrenlast. Ja, viel- leicht für die Kreise, denen er angehört. Denn alle Privilegien haben Sie bekommen auf Kosten des Volkes. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Diejenigen, denen die Liebesgaben, die Vieh-, Holz- und Lebensmittelzölle zu gute kommen, können die Offiziere oder Mannschaften bei sich zu Gaste laden, aber der Bauer und Landarbeiter, die unter der Gut- und Blutsteuer so viel zu leiden haben, sind nicht im Stande auch noch die Manöverlasten auf sich zu nehmen. (Sehr richtig links.) Wenn man den Nothstand beseitigen will, dann packe man das Uebel an der Wurzel, aber das thun Sie nicht, weil ihre Privi- legien dadurch gefährdet werden. (Auf rechts: Dieses ist Blech!) Nein, dieß ist kein Blech, der Blechschmied sitzt dort drüben. Der Militarismus hat wieder einmal gezeigt, daß er keine Zugestän- dnisse macht. Das Volk wird bedrückt und drangsalirt. Der Kaiser hat zu befehlen, heißt es, ob die Manöver stattfinden haben oder nicht. Ich aber sage, der Reichstag hat zu ent- scheiden, ob die Lasten, die auf dem Volke ruhen, noch weiter getragen werden können oder nicht, und hoffentlich wird der Reichstag, wenn er in der That die Interessen der großen Masse der Wähler vertritt, sagen, die drückenden Bürden, die auf der Nation liegen, die Militär- und Zolllasten, müssen endlich einmal abgewälzt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Osann: Die Hineinziehung der Person des Kaisers wäre wohl nicht nöthig gewesen. Daß der Befehl in seinen Händen liegt, weiß jedermann. Aber das Herz Sr. Majestät hört auf die Stimme des Volkes. Man hätte nicht bloß die militärischen Sachverständigen befragen sollen, sondern wie das in Bayern geschehen ist, auch andere besser unterrichtete Personen. Die Rede des Vertreters des Kriegsministers klang auch schon etwas entgegenkommender. Es wurden die Zivilbehörden wenigstens schon erwähnt, und wenn diese letzteren ihre Stimmen erheben, wird vielleicht eine Aenderung herbeizuführen sein. Bis zum An- fang der Manöver kann kaum eine Besserung eintreten. Beson- ders ist garnicht davon die Rede, wie ein Ersatz für die neue Ausfaat geschaffen werden soll, die beim Manöver vernichtet wird. Für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten haben wir uns immer interessiert, aber für allzu extravagante Maßregeln können wir uns nicht erwärmen, auch für die Zukunft nicht.

Preussischer Kriegsminister von Kallenborn: Ich glaube ausdrücklich vorhin hervorgehoben zu haben, daß die Berichte der Generalkommandos zu Stande gekommen sind nach ausdrück- licher Vereinbarung mit den Zivilbehörden. Wie es in Zukunft werden wird, wenn der Nothstand sich mehrt, wird dann ent- schieden werden, wenn die Berichte eingehen.

Abg. Haas (Kasseler) schließt sich den Ausführungen des Interpellanten an.

Abg. Frank-Baden (nl.) ebenfalls; er hebt namentlich her- vor, daß sich in 4 Wochen die Verhältnisse garnicht gebessert haben können. In futterarmen Gegenden sollte man jedenfalls die Manöver britischer Truppen ausfallen lassen; denn trotz aller Magazinverpflegung wird der Kavallerist immer für sein Pferd sorgen wollen und dabei den kleinen Futtervorrath des Land- wirths nicht schonen.

Abg. Nischbieter (Z.) dankt dem bayerischen Kriegsminister für seine entgegenkommende Erklärung und spricht sich dagegen aus, daß, wie es angeregt worden sei, die Manöver nach dem südöstlichen Bayern verlegt werden sollen.

Abg. Jost (Soz.): Ich besitze keinen Augenblick, daß die Großgrundbesitzer von kleinen Grundbesitzern gewählt werden, weil diese zum großen Theil noch in den Nehen der Großgrund- besitzer gefangen sind und weil sie noch nicht begriffen haben, daß sie das Werkzeug sind, das die Kastranen für die Groß- grundbesitzer aus dem Feuer holt. (Sehr richtig! bei den Sozial- demokraten.) Wenn durch die angelegentlichsten Maßregeln die Manöver die kleinen Besizer nicht schädigen sollen, wie denkt sich denn der Redner die Manöver? Die Bewegung der Truppen kann doch, namentlich bei den großen Kaisermanövern, unmöglich auf den Wegen stattfinden, sondern muß sich noth- wendigerweise auf den Fluren vollziehen, auf den Wiesen, oder auf den mit Feldfrüchten bebauten Flächen, und die Truppe wird immer die Fluren niederreten müssen. Wenn also eine Maßregel zu gunsten der Landwirthe seitens der Heeresverwal- tung geschehen soll, so kann sie einzig und allein darin bestehen, daß die Manöver unterbleiben, denn damit unterbleibe die Zer- störung. Daß man das Stroh selbst stellt und die Truppen selbst

Der „Neue Welt-Kalender“ für 1894.*)

Wohl auf keinem Gebiete der sogenannten Volksliteratur ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten so hart und so schwer gekündigt worden wie auf dem der sogenannten Volkskalender. Mit einer wahrhaften Fluth von Erzeugnissen der elendesten und erbärmlichsten Art ist der literarische Markt überschwemmt worden, und wenn irgendwo die Devise: „Billig und schlecht“ am Platze war, so ist es hier der Fall. Schon lange haben sich die bürgerlichen Parteien dieses wirksamen Agitationsmittels bedient, um für ihre Zwecke Propaganda zu machen, und nicht in letzter Linie sind die Er- gebnisse der Volksverdummung und der Reaktion, die wir in unserer heutigen Zeit so tief zu beklagen haben, auf die würdelose und niedrig spekulative Kalender-Literatur zurück- zuführen.

Auf der einen Seite drängt sich prahlerisch und groß- mütig der Durrah-Patriotismus vor: kriegerische Knecht- seligkeit deckt sich mit dem patriotischen Mantelchen, um dem überlasteten Volk wieder Sinn und Geschmaek für blutige „Geldthaten“ einzulößen und die drückende Bürde für den Augenblick etwas weniger fühlbar zu machen — auf der anderen Seite haben geschorene und geschickelte Demagogen der großen Masse des Volkes, um in Gestalt von „Volkserzählungen“ für ihre köhlerhaften Glaubens- sätzen wieder Anhänger zu finden, den alten Vefißtand zu wahren und womöglich neue Gebiete zu erobern. Da- zwischen vegetirt jene Unzahl von dunklen Ehrenmännern, die in der vielgerühmten Parteilosigkeit „machen“, dabei bewußt oder unbewußt dem ärgsten Rückschritt und der kräftigsten Reaktion dienen, was ihnen natürlich sehr gleich- gültig ist, wenn sie dabei nur in der gehörigen Weise auf ihre Kosten kommen.

Unter solchen Umständen ist es denn erklärlich, wenn das arbeitende Volk alljährlich mit neuer Freude seinen Kalender begrüßt, der auch an seinem Theile dazu beiträgt, Licht, Erkenntniß und Aufklärung unter den Massen zu verbreiten. Der achtzehnte Jahrgang des „Neuen Welt- Kalenders“ liegt uns vor, und wir können nur sagen, daß er sich nach allen Richtungen hin würdig seinen Vorgängern anschließt.

Es ist ja ein eigenartiges Ding gerade um den Kalender. In ungezählten tausenden und tausenden von deutschen Haushaltungen ist der Kalender wahrsehein- lich das einzige Buch, welches im Laufe des Jahres angeschafft wird. Gewiß nennt man unser Zeitalter das papierene — ob mit Recht oder Unrecht mag hier dahingestellt sein — aber trotzdem kann man wohl sagen, daß von allen Nationen gerade die deutsche am wenigsten Bücher kauft. Doch den Kalender will wohl niemand entbehren, viele Leute können ihn auch nicht ent- behren. Und so kommt er denn Jahr aus Jahr ein stets wie ein alter Freund, wie ein langjähriger Bekannter des Hauses mit fröhlichem Lächeln, und bietet die Schätze dar, mit welchen man ihn ausgestattet hat. Der „Neue Welt- Kalender“ ist in den Kreisen des arbeitenden, zielbewußten Volkes seit beinahe zwei Jahrzehnten ein gern gesehener Gast, und eine so alte Freundschaft läßt darauf schließen, daß beide Theile an einander Wohlgefallen gefunden haben, daß die langjährige Freundschaft auf der Erkenntniß beruht, daß der „Neue Welt-Kalender“ sich als guter Kamerad, als treuer Begleiter auf dornigen Pfaden erprobt und erwiesen hat. Und wie sollte es auch anders sein? Ist doch der „Neue Welt-Kalender“ von Alters her ein Banner- träger unserer Ideen gewesen, hat er doch vielleicht schon in Kreise, wohin sonst nie ein geschriebenes und gedrucktes Wort gelangt, die ersten schlichteren Reime zur Erkenntniß, zum zielbewußten Denken und Empfinden gelegt — und hat er nicht auch in schweren Zeiten treu zu uns gestanden als ein Bollwerk, an welchem die wilden Wogen einer zerstörungswüthigen Reaktion

machtlos abprallten? Darum klopf unser Kalendermann auch nicht vergebens an, es wird ihm gern und willig geöffnet — das wissen wir wohl, aber wir sind auch der Ueberzeugung, daß der „Neue Welt-Kalender“ in seinem Inhalt und seiner Ausstattung das bietet, was man von einem wahrhaften Volksbuch verlangen kann.

In Poesie und Prosa bringt der 1894er Kalender eine Fülle ausgewählter Lesehoffes. „Rückblick“ läßt er noch einmal alle für die Sozialdemokratie und das gesammte arbeitende Volk wichtigen politischen und sozialen Ereignisse des vergangenen Jahres bis zur Mitte dieses Jahres vor unserer geistigen Auge Revue passieren, und der Wunsch, mit welchem der Rückblick schließt, „daß bei den Wahlen am 15. Juni die deutsche Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg erringen möge“, ist ja jetzt schon in so herrlicher Weise in Erfüllung gegangen. Die wissenschaftlichen, sozial- politischen, historischen und medizinischen Abhandlungen, unter denen wir besonders die Arbeiten der Genossen H. Duz über die Einheitszeit, Ad. Braun über Wohnungs- elend, Proletariersterblichkeit und Seuchengefahr, Oswald Köhler über den Dzean, Ed. Bernstein „Aus der Geschichte der ersten Heimkolonie Robert Owens“, Dr. W. S. über Batterien und Bakterienkrankheiten erwähnen, sind nach den Ergebnissen der neuesten Forschung geschrieben und ganz dazu angethan, Klarheit und Einsicht über jene Themata im Volke zu verbreiten. Unser alter Liebknecht hat mit jugendlicher Frische eine Erinnerung aus seinem reichen, vielbewegten Leben gespendet, die uns wieder einmal erkennen läßt, wie jung und fiesegreudig unser alter Vorkämpfer trotz seiner Jahre doch noch immer in seinem Herzen ist. Gemüthvolle Erzählungen, warm empfundene, feurige Gedichte, sorgfältig ausgewählte Bilder, Scherze, Räthsel sowie allerlei Nützliches vervollständigen den Inhalt des 1894er Kalenders, dem wir hiernach viel Glück und Erfolg zu seinem diesmaligen Wege wünschen. —

*) Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Ko. Hamburg 1893.

versteht, ändert daran nichts. Es handelt sich nicht um den Verbrauch der Futtermittel, sondern um die unnütze Vernichtung, der keine andere Maßregel vorbeugen kann, als die Aufhebung der Mandore.

Abg. Schnaidt (Süd. Volksp.) bedauert, daß der württembergische Kriegsminister den Wünschen der Landwirthe nicht entgegengekommen sei. Er bittet ihn, die Sache noch einmal zu überlegen und die Mandore ganz zu unterlassen. In Württemberg sollen zwei Armeekorps manövriren, der Feind kommt von Baden! Es ist wirklich, als wenn der Feind kommt.

Württembergischer Kriegsminister Schott von Schottenheim erklärt, daß die württembergische Heeresverwaltung sich bemüht habe, die Quartierlast und den Plurshaden von den Gegenden fernzubehalten, wo Futtermittel vorhanden ist. Die Sache ist noch nicht so weit gediehen, daß wir einen Antrag an die Reichsversammlung stellen könnten. Ein solcher Antrag würde sehr schmerzhaft für die Heeresverwaltung sein, aber wenn es nothwendig ist, wird er gestellt werden.

Abg. Graf von Limburg-Stirum (D.): Es ist als unfällig bezeichnet worden, daß wir den Antrag auf Befreiung der Interpellation nicht unterstützen; es wird das gedeutet, als wenn wir die Interessen der kleinen Grundbesitzer nicht vertreten hätten. Wie zählen nicht bloß Großgrundbesitzer unter uns, sondern auch kleine Landwirthe; wir sind von den letzteren gewählt worden, weil wir ihre Interessen vertreten. Was der Herr von der sozialdemokratischen Partei gesagt hat, sind nur Nachklänge aus der Wahlbewegung. Wenn die Maßregeln getroffen sind, welche der Kriegsminister angeführt hat, welchen Schaden können die Mandore dann überhaupt noch anrichten? (Lachen links.) Die Mandore sind dann eher ein Vortheil als ein Nachtheil für die Gegend. (Lachen links.)

Abg. Jost (Soz.): Alle Maßregeln, die seitens der Heeresverwaltung hier vorgebracht sind, sind nicht im entferntesten geeignet, irgendwie eine Linderung der Futtermittelherbeizuführen. Auch wenn die Heeresverwaltung den Mehrverbrauch an Stroh selbst deckt und das nöthige Stroh in die Mandore mitführt, so wird dadurch unter allen Umständen eine Steigerung der Strohpreise stattfinden; denn durch die Mandore findet durchschnittlich ein größerer Strohverbrauch statt, als wenn die Pferde in den Koffern bleiben. Es dreht sich für die Landwirtschaft allein um die Frage: Sollen die Mandore stattfinden oder nicht? In manchen Gegenden, wie bei uns im Mainz, ist die Futtermittelherbeiz so groß, daß, wenn leihweise nicht Regen eingetreten wäre, das Fleisch binnen wenigen Tagen auf 15 Pfennige für das Pfund herabgesunken wäre. Der Verkauf des Viehs wird in den nächsten Jahren in der Gestalt, hoher Fleischpreise nachwirken, weil dann die Landwirtschaft an die Ergänzung des Viehstandes wieder herantreten muß. Deswegen kann ich mich im großen und ganzen nur dem anschließen, was verschiedene Redner ausgesprochen haben, daß der Zweck der Linderung der Futtermittelherbeiz erreicht werden kann, wenn die Mandore einfach unterbleiben. Herr Frege hat ganz besonders an die Nationalliberalen appellirt, sie möchten in Zukunft für die Interessen der Landwirtschaft eintreten. Als aber Herr Bachem den Antrag stellte, die Interpellation zu beschließen, waren merkwürdiger Weise von den Konservativen fast gar keine Herren bereit, diesen Antrag zu unterstützen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Herren Großgrundbesitzer sich in dieser Beziehung etwas kühl verhalten, so begreife ich das recht gut, denn die Futtermittelherbeiz ja einzig und allein den kleinen Landwirth, dem die Mittel fehlen, den augenblicklichen Nothstand zu pariren, während den Rittergutsbesitzern diese Mittel reichlich zur Verfügung stehen. Aber wenn Sie (rechts) nach dieser Richtung hin etwas thun wollen, so möchte ich Sie auffordern, daß, wenn demnächst die Frage hier zur Entscheidung kommen sollte, ob die landwirtschaftlichen und Lebensmittelzölle aufgehoben werden sollen, Sie dann vor allen Dingen ja sagen. Denn das ist eine Maßregel, welche dauernd der Futtermittelherbeiz zu steuern in der Lage ist. Ausführliche Beweise das Gegentheil, weil sie Gegenmaßregeln der Nachbarstaaten hervorgerufen. (Beifall links.)

Abg. v. Grand-Ruy (Z.): Dem Nothstande kann nichts abhelfen als die Abstellung der ganzen Mandore; die Einführung der Magazinverpflegung und alle anderen Maßregeln können nicht helfen.

Damit schließt die Debatte. Auf der Tagesordnung steht weiter die Interpellation der Abgg. Auer u. Gen. (Soz.) betreffend das Verhalten des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg i. S. Staatssekretär v. Wittlicher wäre bereit, die Interpellation sofort zu beantworten; da aber gemüthet wird, daß die Sache heute nicht verhandelt wird, so bitte er den Präsidenten, ihm morgen zur Beantwortung das Wort zu geben.

Ein Antrag der Sozialdemokraten wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Herberst wird ohne Debatte angenommen.

Darauf folgt die zweite Berathung der Militärvorlage, bei deren Beginn der Reichskanzler Graf Caprivi am Bundesrathstische erscheint.

Nach § 1 soll die Friedenspräsenzstärke auf 479 229 Mann festgesetzt werden. In der Debatte erhält zunächst das Wort

Abg. Graf Hompesch (Vorherr der Zentrumsparthei): In der letzten Plenarsitzung hat der Reichskanzler in bezug auf meine Fraktion Behauptungen aufgestellt, die nicht ohne Antwort gelassen werden dürfen. Der Reichskanzler hat gegenüber dem Abg. Wedder gemeint, was er gesagt habe, habe man oft genug von freisinniger und sozialdemokratischer Seite gehört, es sei das eben ein Beweis dafür, daß im Centrum eine Umwandlung in demokratischer Richtung erfolgt sei. Gegen diese Behauptungen muß ich im Namen und Auftrag meiner politischen Freunde der Erwähnung einlegen (lebhafter Beifall im Centrum) und folgende Erklärungen abgeben: Das Centrum ist niemals eine nur konfessionell kirchliche Partei gewesen; wenn ihr dies in früheren Jahren insinuirt wurde, hat sie jedes Mal dagegen Verwahrung eingelegt. Der Schutz der Rechte der katholischen Kirche und der übrigen anerkannten Kirchen ist und bleibt eine der vornehmsten Aufgaben unserer Partei, aber nicht die einzige. Die Freiheit des liberalen Charakters des Reiches, der Schutz der Freiheiten aller Angehörigen desselben und die Förderung des allgemeinen Wohls sind, wie es unsere Statuten ausweisen, nicht minder Aufgaben, die sich unsere Fraktion gestellt hat. (Beifall im Centrum.) Wir betheiligen uns nicht im gouvèrnementalen, sondern in wahrhaft konservativem Sinne für die Erhaltung aller Rechte, wir stehen fest in Treue und Gehorsam gegen die Träger der Autorität in Staat und Kirche, wir arbeiten an dem Ausbau der rechtlich gegebenen Grundlagen zur Beförderung der inneren Zustände. Auf dem Boden dieser Grundzüge hat das Centrum immer gestanden, sieht es heute und wird es, so Gott will, unter Gottes Hilfe auch stehen bleiben. Ich weise demnach im Namen meiner Freunde die Anschuldigungen des Reichskanzlers als durchaus unzutreffend auf das entschiedenste zurück. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich freue mich dieser Erklärung, werde aber, ehe ich mein Urtheil modifizire, die weitere praktische Entwicklung der Dinge abwarten.

Abg. Lieber (Z.): Mit der großen Mehrheit des Hauses haben auch wir den Wunsch, baldigt zu Ende zu kommen; ich werde mir deshalb große Beschränkung auferlegen und unter Verzicht auf die übrigen Reden mich nur mit dem Reichskanzler beschäftigen. Derselbe hat den Vorwurf der Umwandlung der Zentrumsparthei in eine demokratische begründet unter Berufung auf den Parteitag der rheinischen Zentrumsparthei. Wohl einige Ausführungen von mir sind es gewesen, welche ihm den Anlaß dazu gegeben haben. Ich selbst soll mich ja als Demokrat bezeichnet haben. Ich hätte nicht geglaubt, daß man eine solche ironische Verwendung einer auf uns angewendeten Bezeichnung ernsthaft nimmt. So wenig die Weisen sich im Ernste als Weiser betrachteten, ebensov wenig bin ich, ist meine Partei gesonnen, sein Stigma als eine ernstliche

Charakterisierung aufzunehmen. Auch wie könnten einen Geistesmann mit der Inschrift: „En tout fidèle au roi“, an unsere Brust heften. Der Reichskanzler hätte gut gethan, bei seiner Geflossenheit zu bleiben und sich nicht von der „Kreuz-Zeitung“ etc. Dinge zutragen lassen sollen, die den Kampf nur verbittern. (Zustimmung im Centrum.) Den Föderalismus vertreten wir auch jetzt, auch wenn wir deswegen als partikularistische Demokraten bezeichnet werden; wir müssen diese Vertretung unserer Tendenzen gegenüber dem überpannten Imperialismus aufrecht erhalten. Daß das Centrum eine politische Partei ist, hat schon früher Herr v. Schorlemer-Nils ausgeführt, der die Behauptung, daß im Centrum auch demokratische Tendenzen vertreten sind, als Schwindel bezeichnete. Er hat damals davor gewarnt, Nationalliberale in den Reichstag zu schicken, einmal weil sie Kulturlampen sind, dann aber auch, weil sie keine feste Ueberzeugung als politische Partei haben. Der Reichskanzler betrachtet sich als den Mittelpunkt der Geschäfte; allein der Mittelpunkt des stromatischen Systems befindet sich bekanntlich selbst in der Rotation und denkt, daß sich alles um ihn dreht. Wir haben einen mächtigen Reichskanzler vor ihm gesehen, der davon warnte, seine alten Reden auszugraben, weil er nicht wisse, ob er nach Jahresfrist nach dasselbe vertreten werde. Der Reichskanzler ist berühmter, aber nicht guten Musters gefolgt. Der Reichskanzler hat mir untergeschoben, ich hätte behauptet, daß je mehr Soldaten vorhanden wären, desto mehr würden todt geschossen. Ich habe mich auf eine frühere Rede des Reichskanzlers gestützt, in welcher gesagt war, daß kein Heerführer im Stande sei, so große Massen zu führen, zu ernähren und mit ihnen zu schlagen. In diesem Zusammenhange stand meine Aeußerung, und der Reichskanzler thäte gut, nicht in die alte Methode zu verfallen, Stellen aus dem Zusammenhang zu reißen. Die Vorlage soll für die Ehre und Existenz Deutschlands nothwendig sein. Daß hat der Reichskanzler von der früheren Vorlage auch gesagt; er hat nachgegeben und sollte deshalb denjenigen nicht so schroff entgegengetreten, welche ein weiteres Nachgeben verlangten. Wir halten aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen die Vorlage nach wie vor für unannehmbar, weil sie nur der erste Schritt auf dem Wege der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist, deren Kosten wir und mit uns der frühere Reichstag als unerschwinglich bezeichnen müssen.

Reichskanzler Graf von Caprivi: Ich will mich auch der Kürze befleißigen und glaube darin wenigstens dem Vordredner über zu sein. (Heiterkeit.) Ich will mich an zwei Bemerkungen des Vordredners halten, von denen die eine mich betrübt, die andere mich erfreut hat. Betrübt hat es mich, daß es hier in dieser Versammlung möglich ist, daß das Beispiel, welches mein Herr Amtsvorgänger während seiner Amtsführung gegeben hat, kurzweg als ein schlechtes bezeichnet wird. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Erfreut hat es mich, daß der Vordredner, der in Wachsenburg in einer Rede die Dynastie, unter der zu leben er die Ehre hat, einer Kritik unterzog, welche schloß mit den Worten: Dies in bezug auf den Ort der Monarchie... ich will nicht vorlesen, weil ich sehe, daß der Vordredner sich inzwischen gewandelt hat. Ich würde nicht mehr in seinem Sinne handeln, sondern er sich zu dem Sage bekannt hat: En tout fidèle au roi. Mit der Hoffnung, daß er diesen Worte treu sein möge, schließe ich. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Weich (Hospitalität der Freisinnigen): Im Namen der linksrheinischen Bayern kann ich nur sagen, daß nicht allein die Militärvorlage ein Nothwendigkeit zusammenbringen würde, wurde eifrig bekämpft von Herrn von Stumm, und bald darauf trat der polnische Redner auf und erklärte, daß seine Freunde nur aus tatsächlichen Gründen für die Vorlage stimmten. Redner will auf die früheren Reden eingehen, wird aber vom Präsidenten auf den § 1 verwiesen, auch seine Bemerkung über die Steuererlässe, die in Wegfall gekommen seien, wird als nicht zur Sache gehörig bezeichnet. (Zuruf rechts: Es ist nicht so leicht hier! Heiterkeit.) Redner verzichtet auf das Wort.

Abg. Zimmermann (Antisemit): Ich habe namens der Reformpartei folgende Erklärung abzugeben: Nachdem der Reichskanzler bei Beginn der Beratungen und in Beantwortung der Ausführungen meines Fraktionsgenossen Bödel die Wünsche unserer Partei in bezug auf die Deckungsfrage insoweit befriedigend beantwortet hat, daß die Erhöhung der Bran- und Brauwinesteuer beseitigt ist und daß sie auch nicht wiederkommt, andererseits eine härtere und ergebnislosere Besteuerung der Börsen in Aussicht genommen ist (Anruhe links, Auf: Das ist auch nicht zur Sache!) sind für uns die Gründe beseitigt, die im vorigen Reichstag zur Ablehnung der Vorlage geführt haben. (Erneute Anruhe, die sich noch mehrfach wiederholt. Auf: § 1.) Wir halten allerdings fest daran, daß die vom Reichskanzler eingegangenen Verpflichtungen voll und ganz erfüllt werden, daß die Reichsregierung sich fast genug erweilt, etwaige Abschwächungsversuche der Börsensteuer von vornherein zurückzujeweisen. (Beifall rechts.) Wir halten diese Erklärungen, die der Reichskanzler gegeben hat, für bindend auch für die Zukunft. Es dürfte für die Reichsregierung geboten sein, da das Ansehen der Reichsregierung durch verschiedene Fehler schwer erschüttert ist, dafür zu sorgen, daß nicht durch wiederholte Enttäuschungen eine weitere Entfremdung zwischen dem Volke und der Regierung eintritt. Für unsere Abstimmung bleibt nach wie vor die wirtschaftliche Frage die entscheidende und dazu tritt die Erwägung, daß eine nochmalige Ablehnung bedenkliche Folgen auch auf wirtschaftlichen Gebiete nach sich ziehen würde. (Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Wir erklären uns durch die Zusage des Reichskanzlers soweit befriedigt, daß wir aus tatsächlichen Gründen unsere anderweitigen Bedenken unterdrücken, um nicht durch nochmalige Ablehnung die Vorlage zu Fall zu bringen und das politische Ansehen Deutschlands nach außen zu schädigen. (Präsident v. Seehofer bittet den Redner, nunmehr in diesen Ausführungen abzubrechen.) Ich bin auch zu Ende, ich erkläre nur noch, daß wir für Artikel 1 stimmen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Moltke (D.) verweist allen Argumenten gegenüber auf die Erfahrungen des Krieges von 1870/71. Deutschland hatte damals eine große numerische Ueberlegenheit und auch ein Uebergewicht bei der Artillerie und nur dadurch sei es ihm möglich geworden, einen ehrenvollen Frieden zu erzwingen. Die weiteren Ausführungen des Redners sind bei seiner schwachen Stimme nicht verständlich.

Abg. Lieber (Z.): Wenn ich den Reichskanzler richtig verstanden habe, war seine Meinung, daß ich hätte mich aus einem Königsuntertan in einen Unigstrennen Mann verwandelt. Der Reichskanzler hat damit meine Königstreue in früherer Zeit bezeichnet. Dagegen habe ich mich zu verwahren. Wenn ein Mitglied dieses Hauses gegen ein anderes Mitglied desselben diesen Vorwurf erhoben hätte, hätte der Präsident seines Amtes gewaltet. Der Reichskanzler hat sich auf eine Rede von mir außerhalb des Hauses berufen. Was ich hier im Hause geäußert, hat ihm dazu keinen Anlaß gegeben. Ich berufe mich dafür auf das Zeugniß aller redlichen Mitglieder dieses Hauses. Ich

bin 1866 der Krone Preußen unterworfen worden. In dem Befreiungspatent des Königs Wilhelm werden die Bewohner der eroberten Landestheile aufgefordert zum pflichtmäßigen Gehorsam. Diefem Befehl habe ich unweigerlich Folge geleistet und weder irgend eine Parlamentsverhandlung, noch irgend eine andere Handlung hat Anlaß gegeben, meine Königstreue zu bezweifeln. Wenn ich der früheren Zeit gedacht habe, so berechtigte mich dazu das Wort des Befreiungspatentes, daß der König es ehre, wenn die Bewohner der eroberten Landestheile schwer sich dazu entschließen könnten. Gebotener Gehorsam ist schwieriger als angestammter und ich habe den gebotenen geleistet (Zustimmung im Centrum).

Damit schließt die Debatte. In der namentlichen Abstimmung wird § 1 mit 108 gegen 187 Stimmen angenommen.

Für denselben stimmen geschlossen die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Polen, die Freisinnige Vereinigung und die Deutsche Reformpartei; ferner vom Centrum Prinz Arenberg und Lender, ferner Graf Bismarck-Schönhausen, v. Hornstein, Prinz Carolath und Ködike.

Gegen § 1 stimmen geschlossen Sozialdemokraten, die Süddeutsche und Freisinnige Volkspartei, das Centrum mit den genannten Ausnahmen, die Weisen, die Elsaß-Lothringer und von den Weisen Bachmeier, Pachnick, Sigl und der Däne Johannsen. Es fehlten die drei Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg, Ahlwardt, Leuf, sowie der Pole v. Gyarlinki, ferner die Abg. Eck (Z), Hilpert (wild), Petosha (Z).

Abg. Wenzel (Z) erklärt, daß er durch Zufall verhindert gewesen sei, der Abstimmung beizuwohnen.

§ 2 des Artikel I, welcher die Zahl der Formationen aufzählt, wird ebenfalls genehmigt.

Beim Artikel II (zweijährige Dienstzeit) liegt der Antrag der Abgg. Prinz Carolath und R. B. F. vor, die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festzusetzen für die Dauer der eben angenommenen Präsenzstärke.

Abg. Prinz Carolath weist darauf hin, daß unter der geringen Mehrheit sich auch diejenigen befinden, welche auf die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit einen großen Werth legen; damit die Vorlage mit möglichst großer Mehrheit angenommen werde, sei es wünschenswert, seinen Antrag anzunehmen. Redner spricht die Erwartung aus, daß das Vertrauen zur Regierung in bezug auf die Deckungsfrage nicht getrübt werden möge und befreit, daß die Nachricht der „Kreuz-Zeitung“, daß sein Antrag bei seiner Partei Unterstützung gefunden hätte, zutreffend sei. Er habe eine solche Unterstützung gar nicht gesucht und auch nicht suchen können, da der Reichstag in den letzten Tagen nicht versammelt war. Die Bedingung der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit wird bis in die Reihen der gemäßigten Parteien hinein verlangt. Der Antrag soll nur einen theoretischen Werth haben, aber eine kleine Garantie ist immer besser als gar keine. Für den Reichstag garantiert der Antrag die zweijährige Dienstzeit, für die Regierung enthält er die Sicherheit, daß die Friedenspräsenzstärke nicht so leicht angegriffen wird. Es wird gesagt, daß die Annahme des Antrages sogar die zweijährige Dienstzeit gefährden könne, weil die Verminderung der Präsenzstärke um einige Mann die zweijährige Dienstzeit beseitigen würde. Auf diesem Wege würden aber selbst die sehr bedingten Anhänger der zweijährigen Dienstzeit auf der rechten Seite dieselbe nicht beseitigen wollen und können. Der Antrag scheint manchen Herren besonders unangenehm zu sein (Widerspruch rechts), vielleicht aus persönlichen Gründen; sie bereiten vielleicht schon einen neuen Antrag vor, der nicht das Obium der Person auf sich hat. Ich glaube, sie werden sich doch noch überlegen, ob sie dabei die ganze Vorlage fallen lassen sollen. Die Sozialdemokraten warten ja bloß darauf, daß die bürgerlichen Parteien abwirtschaften. Wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht einmal bei einer so großen nationalen Frage einigen können, so wird das Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten sein. Selbst dieser harmlose Antrag, der nur annähernd einer gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit gleichkommt, erregt Anstoß. Wie lebhaft wünscht man eine Reform der Militärgerichtsbarkeit, der Schießinstruktion der Wachtposten etc., und die liberalen Parteien haben diese Wünsche zurückgestellt. Dafür sollten die Herren rechts dankbar sein und dies durch die Annahme des Antrages betheiligen. (Widerspruch rechts.)

Abg. v. Stumm (R. P.): Ich habe keine besonderen Wünsche in bezug auf die Regierungsvorlage gehabt. Wenn die Herren von den Deutsch-Konservativen, welche große Bedenken wegen der zweijährigen Dienstzeit gehabt haben, jetzt für die Vorlage eintreten, so bringen sie damit ein viel größeres Opfer, als die Herren von der Linken (Zustimmung rechts). Der Antrag Carolath ist nur eine Wiederholung des Antrages des Herrn v. Bennigsen, den in der Kommission nicht die Konservativen, sondern Herr Richter bekämpft hat, weil er ein Aeternat darstellt, also gefährlicher sei als die Vorlage. Der Antrag Carolath enthält manchen formalen und materiellen Fehler, die ich verbessern würde, wenn die Konservativen bereit wären, dann für den Antrag einzutreten. So kann ich im Interesse des Zustandekommens der Vorlage nur wünschen, daß die Herren ihren Antrag zurückziehen mögen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich halte den Antrag für unschädlich, aber auch für unnöthig. Er ist bestimmt, hochgehende Wogen zu beschwichtigen und die Mehrheit für die Vorlage zu verstärken. Die Sache ist nach meinem Dafürhalten doch ganz einfach. Zwei Leute schließen einen Vertrag auf fünf Jahre und verabreden, wenn nach Ablauf derselben keiner von beiden Theilen kündigt, dann geht die Sache auf ein Jahr weiter. Ich kann nicht finden, daß dadurch die Regierung ein Recht aufgibt. Sie würde den Antrag annehmen können, um eine größere Majorität zu erzielen. Aber es liegt kein Grund dazu vor. Die Herren drüben (links) sollten sich an der Regierungsvorlage genügen lassen; aber sie gehen von einem Mißtrauen gegen die Regierung aus und glauben, daß dieselbe es nicht ernst meine mit der zweijährigen Dienstzeit. Wenn nicht wider Erwarten bei Durchführung der zweijährigen Dienstzeit unüberwindliche Hindernisse eintreten, wird an keiner Stelle innerhalb der verbündeten Regierungen die Absicht gehegt, nach Ablauf von 5 Jahren zur dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren.

Abg. Bachem (Z.) hält den Antrag Carolath sogar für bedenklich, weil er über die Vorlage hinausgeht in der Festlegung der Friedens-Präsenzstärke. Er sichert nicht die zweijährige Dienstzeit, die nur gesetzlich sein wird, wenn die Mehrheit des Reichstags für dieselbe vorhanden ist.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Wenn der Antrag Carolath nicht zurückgezogen wird, werden meine Freunde für denselben stimmen, weil er eine Verbesserung der Vorlage ist. Aber wir sind nicht der Meinung, von diesem Antrag das Schicksal der Vorlage abhängig zu machen. Der Antrag sichert die neue organische Gestaltung; die Regierung allein kann auf die dreijährige Dienstzeit zurückgreifen. Sachliche Bedenken sind auch gegen den von mir in der Kommission gestellten Antrag in keiner Weise erhoben worden.

Abg. v. Gillingen (Rp.) spricht sich persönlich für den Antrag Carolath aus, macht aber von der Annahme desselben nicht seine Abstimmung für die Vorlage abhängig. Er habe sich seinen Wählern gegenüber für die verfassungsmäßige Festlegung der zweijährigen Dienstzeit ausgesprochen und bedaure, daß die Regierung dem gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen habe. Ebenso gut wie die dreijährige könnte doch auch die zweijährige Dienstzeit in der Befassung ihren Platz finden, zumal es sich dabei um die Erfüllung eines sehnlichen Wunsches weiter Volkstheile handelt.

Abg. Barth (Rp.) erklärt sich für den Antrag, nicht weil derselbe eine geringe Bedeutung hat, sondern weil er dasjenige in sich vereinigt, was man verlangen kann als Sicherung der zweijährigen Dienstzeit. Wenn nur die Vorlage angenommen wird, so würde nach 5 1/2 Jahren, wenn nicht inzwischen eine neue Vereinbarung zu Stande kommt, die zweijährige Dienstzeit

einfach wegfallen. Die verbündeten Regierungen brauchen nur jede Vorlage zu unterlassen und würden dadurch die freie Entscheidung des Reichstages vollständig aufheben. Die jetzige Regierung wird ja wohl ihren Versicherungen treu bleiben, aber diejenige Richtung, welche der zweijährigen Dienstzeit nicht freundlich gegenübersteht, könnte sich anders verhalten. Die Annahme des Antrages sichert aber die zweijährige Dienstzeit so lange die Präsenzstärke dieselbe bleibt. Der Antrag Carolath hat aber auch die Bedeutung, daß der Reichstag nicht eine Herabsetzung der Präsenzstärke beantragen kann, wenn er nicht damit die zweijährige Dienstzeit gefährden will. Bisher hat der Reichstag noch niemals den Antrag auf eine solche Herabsetzung der Präsenzstärke beantragt, und wenn er sich stark genug dazu fühlt, dann wird er auch die Festhaltung der zweijährigen Dienstzeit durchsetzen können.

Abg. von Mantensfel (L.) erklärt sich namens seiner Freunde gegen den Antrag Carolath. Die Bedenken gegen den Antrag seien doch nicht so unbegründet, wie die Herren von Bennigsen und Barth dargestellt haben. Die Opfer, die die Konventionen bei der Vorlage bringen, sind recht erheblich, namentlich gehört dahin die Aufgabe der dreijährigen Dienstzeit, welche wir Jahrzehnte lang Schulter an Schulter mit der Regierung vertreten haben, und die Beschränkung auf den Antrag von Guene. Die Bedenken dagegen waren so schwerwiegend, daß wir eine Zeit lang geschwankt haben, ob wir den Antrag Guene überhaupt annehmen könnten. Wenn die Gefährdung der Militärvorlage verhütet werden soll, so wird es besser sein, wenn der Antrag Carolath, über den schon so viel gesprochen ist (Sehr richtig! rechts), zurückgezogen würde.

Abg. Richter (Freiwilliche Volkspartei): Wenn man die zweijährige Dienstzeit sichern will, dann sollte man sie dauernd gesetzlich festlegen und nicht nach dem Antrage Carolath, dessen Annahme unsere Stellung zur Vorlage nicht ändern kann. Die Annahme der Vorlage in dritter Lesung wird weniger von diesem Antrage als von der Präsenz und dem Gesundheitszustande der Mitglieder des Hauses abhängen. (Weiteres.) Ich habe diesen Antrag in der Kommission belämpft, weil er die hohe Präsenzstärke veranlaßt. Herr Barth meinte, es sei von der Herabsetzung der Präsenzstärke niemals Gebrauch gemacht worden. Man gestalte das Recht aber nicht danach, sonst könnte man ja auch das Recht der Ablehnung des Budgets streichen, weil davon noch niemals Gebrauch gemacht worden ist. Uebrigens stecken in der Präsenzerhöhung Fisseln, die mit der zweijährigen Dienstzeit nichts zu thun haben. Diese werden aber ebenfalls festgelegt und bei Strafe des Verlustes der zweijährigen Dienstzeit wird der Reichstag gebindert, die Präsenzstärke herabzusetzen, obgleich es vielleicht vernünftiger wäre und die Regierung nichts dagegen hätte. In welche komische Lage kommt z. B. der Reichstag, wenn die Regierung auf einige hundert Oekonomiehändler verzichtet und wenn der Reichstag dann eine solche Herabsetzung sich verbitten muß. Der Antrag Carolath hat deshalb keine große prinzipielle Bedeutung, kann aber einen Hauch von Streitigkeiten bilden. Deshalb wäre es in anbeacht der Temperaturverhältnisse wünschenswert, wenn die Antragsteller auf die namentliche Abstimmung verzichteten.

Damit schließt die Debatte.
Abg. Köstke erklärt, daß er den Antrag zurückziehen würde, wenn er nicht wüßte, daß er von anderer Seite sofort wieder aufgenommen würde.

Ueber den Antrag Köstke-Carolath soll namentlich abgestimmt werden. Die Abg. v. Kardorff und Richter beantragen die namentliche Abstimmung auf morgen zu vertagen und heute in einer nach kurzer Zeit stattfindenden zweiten Sitzung sofort die erste Beratung des Nachtragsbudgets und des dazu gehörigen Anleihegesetzes vorzunehmen, damit dieselben der Budgetkommission überwiesen werden können.
Der Antrag wird angenommen.
Schluß gegen 6 Uhr.

6. Sitzung vom 13. Juli, Nachmittags 5 1/2 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Wittlicher, Bayerischer Kriegsminister General v. Uch, Sächsischer Kriegsminister v. d. Planitz, Graf von Hohenhausen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Nachtragsbudgets und des Anleihegesetzes.

Abg. v. Kardorff beantragt die Verweisung beider Vorlagen an die Budgetkommission.

Eine weitere Debatte findet nicht statt. Der Antrag wird angenommen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung der Militärvorlage, Interpellation Debel betreffend den Polizeipräsidenten Reichler in Straßburg; zweite Beratung des Nachtragsbudgets und des Anleihegesetzes.)

Tokales.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats als Aufsichtsbehörde der Orts-Krankenkassen hat auf Grund des § 55 des Krankenversicherungs-Gesetzes und § 58 des Statuts dem von der Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Vergolder und Berufsgenossen gefaßten Beschlüsse, daß diejenigen Arbeitgeber, welche die Eintrittsgelder und Beiträge nicht zum Fälligkeitstermine eingezahlt haben, für die der Zwangsvollstreckung vorausgehende Mahnung eine Gebühr zu entrichten haben, ihre Zustimmung erteilt. Für die Mahngebühren gilt folgender Tarif: bis 3 M. einschließlich — 10 Pf.; für 3 bis 15 M. einschließlich — 20 Pf.; für 15 M. bis 150 M. einschließlich — 40 Pf.; über 150 M. — 75 Pf. Diese Mahngebühren werden in derselben Weise wie die Rückstände beigetrieben.

Kein Nothstand in Berlin. Eine eigenartige Illustration zu diesem unvergesslichen Aussprüche liefert auch der diesjährige Bericht der Berliner Stadtmision, in welchem u. a. gesagt wird: Ein Stadtmisionar fand im letzten Winter bei seinen Armenbesuchen in acht Tagen 17 arbeitslose Familien. — Ein Wäcker erzählte, es seien ihm an einem einzigen Tage 50 Brote übrig geblieben; das habe er noch nicht erlebt, so lange sein Geschäft bestehe. Das läßt doch darauf schließen, daß Leute, die sonst launlich, hungrig blieben. Einer von unseren Brüdern berichtet, noch nie, wie in diesem Winter, habe er weinende Männer gesehen, weinend über ihre Brot- und Arbeitslosigkeit. Dabei sind uns Familien begegnet mit neun, mit zwölf Kindern, die Monate lang ohne Unterhalt waren. In dem einen Hause erhielten zwei kleine Knaben nothdürftig ihre Eltern wochenlang, indem sie bei bitterer Kälte ohne Ueberzieher, mit gerissenen Stiefeln, fast auf Strampfen, früh und spät umherliefen, um Zeitungen auszugeben. In einer anderen Familie waren es drei Belehlinge, die mit dem Wäcker, was ihnen der Meister gab, alle ihre Angehörigen, vierzehn Köpfe, ernähren mußten. Es war in der That ein furchtbarer Jammer, der über Laufenden lag. Fast noch schlimmer als die Nahrungslosigkeit hat die große Kälte auf die Leute gedrückt. In einer Familie war wenig Hausrath; sechs Stühle waren alles. Fünf davon sind im Laufe des Winters in den Ofen gewandert; die Leute hatten kein Holz, um zu heizen. In einem elenden Stübchen fand der Stadtmisionar eine richtige Eisbahn. Das kleine Kind hatte aus Versehen den Wassereimer umgeworfen. Bei der grausigen Kälte war das Wasser gefroren, und die Leute hatten nicht joweil Holz, um heißes Wasser zu machen und das Eis aufzutauen. — Aber trotz alledem — einen Nothstand gab es nicht und giebt es nicht, obgleich, abgesehen von der Kälte, die Noth jetzt noch gerade so groß ist, wie im Winter! Und immer mehr Steuern, und immer neue Lasten werden dem Volke aufgelegt, und wer sie befürchtet, das ist in erster Reihe der Vater der Stodtmision, derselbe S i d a r, der diese Nothstandsberichte veröffentlicht.

Zwei Niesenzigare auf einem Fleck zieren jetzt die Rosenthalerstraße. Gerade gegenüber dem bekannten Magazin von A. Wertheim ist vor kurzem eine Filiale des nicht minder bekannten Magazins von A. Lubasch (Kommandantenstraße) errichtet worden. Wer jetzt die Rosenthalerstraße in der Nähe der Weinmeisterstraße passiert, sieht zur Rechten wie zur Linken lange Reihen von Schaufenstern, die nur von den genannten Firmen besetzt sind. Beide suchen sich besonders in der Breiten- und Ausdehnung gegenständig zu überbieten, um dem Publikum recht aufzufallen. Vorläufig verfügt aber noch die Firma Wertheim über die breitere Front: sie hat bereits drei neben einander liegende Häuser mit Beschlag belegt. In diesen Schaufenstern kann man alles Mögliche und Unmögliches sehen, Kochtöpfe und Damenhüte, Scheuerlappen und Pfeifehandbücher und tausenderlei andere Waaren in wunderlicher Zusammenstellung. Die Preise, welche mit Niesenzigaren an jedem Stück besetzt sind, sind bei dem einen immer niedriger als bei dem anderen, so daß der Passant, welcher der Stylla zur Linken glücklich entronnen ist, der Charzbbis zur Rechten schließlich doch noch in den Laden gerathen muß. Mancher dürfte geneigt sein, es mit Freude zu begrüßen, daß hier der Arbeiterbevölkerung von Berlin N. Gelegenheit geboten wird, billig zu kaufen. Aber mit der „Billigkeit“ hapert es hier leider, trotz der niedrigen Preise. Geschenk bekommt man bekanntlich nirgend etwas und am allerwenigsten in Niesenzigaren, deren Inhaber meist die geriebensten aller kapitalbesitzenden Unternehmern sind. Niemand wird glauben, daß die Firma Lubasch sich deshalb in nächster Nähe des Herrn Wertheim niedergelassen hat, um diesem freundschaftlich bei dem ungenügenden Werk der Versorgung des Berliner Nordens mit „billigen“ Waaren zu helfen. Die goldenen Lorbeeren der Kommandantenstraße nicht schlafen lassen, und wo einer groß mag er gedacht haben, da findet auch noch ein zweiter sein Futter. Freilich, Preise wie: 88 Pf., 23 Pf., 11 Pf. u. s. w., die man in den Schaufenstern solcher Geschäfte sehen kann, machen den Eindruck, als habe man sie mit mathematisch genauem Festhalten an einem bestimmten Gewinn-Minimum festgesetzt und sei dabei, mit dem Prinzip der Preisabrandung brechend, auf das alleräußerste Maß der „Billigkeit“ herabgegangen. Aber der Erniedrigung des Preises entspricht eine Verschlechterung der Qualität, die oft genug auch auf das alleräußerste Maß herabgeht, und was beim Kaufe als billig erschien, stellt sich beim Gebrauch bald als unerschämte theuer heraus. Außerdem verdienen aber die in den Niesenzigaren festgehaltenen Waaren ihre „Billigkeit“ noch einem anderen Umstände. Der Händler will den durch die Preisverabredung entfallenden Ausfall natürlich ebenso wenig tragen, wie der Fabrikant. Das Mantlo wird auf die bei der Fabrikation und dem Vertrieb beschäftigten Personen abgewälzt, in der Fabrik auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, im Laden auf die Verkäufer und Verkäuferinnen. Die Bezahlung des Personals ist in den Niesenzigaren die schlechteste, — das Personal von Wertheim und Lubasch weiß ein Lied davon zu singen! — und was bei der Fabrikation von Schund- und Schleuderwaaren an Arbeitslöhnen gezahlt wird, wissen unsere Leser selber am besten. In der Unternehmersprache nennt man dieses „Verbilligungs“-Verfahren „Verminderung der Produktions- und Vertriebskosten“. Die Arbeiterklasse hätte danach am allerwenigsten Veranlassung, diese Niesenzigare zu besuchen. Selbst wenn der Einzelne einen augenblicklichen Vortheil davon hätte, — der „Vortheil“ ist, wie gesagt, noch sehr fraglich, — so hat doch die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit bestimmt Nachtheil davon; denn nur wenn solche „billige“ Waare willige Abnehmer findet, können Fabrikanten und Händler der Ausbeutung der beschlossenen Klasse mit Erfolg betreiben. Thatsächlich rechnen aber diese Magazine gerade auf die Arbeiterbevölkerung. Sie sind sogar auf diese angewiesen. Die besitzende Klasse denkt nicht daran, dort zu kaufen. Diese Magazine rechnen leider auch nicht vergeblich auf die Arbeiterbevölkerung. Wertheim und Lubasch wissen ganz genau, aus welchen Kreisen ihnen die Kunden zufließen und warum es gerade Abends, nach Schluß der Fabriken, Werkstätten und Arbeitsstuben, wenn sich ein endloser Strom von mäden Arbeitern und Arbeiterinnen durch die Rosenthalerstraße dem Gefundenbrunnen und durch die Kommandanten- und Oranienstraße dem Kottbusser Thore zuwärt, am vollsten bei ihnen ist. Die Käufer kommen nicht ganz freiwillig. Aber sie müssen kommen, weil sie niemals in der Lage sind, sich größere Ausgaben zu gestatten. Ihre Armuth ist den Fabrikanten und Händlern ein erwünschter Bundesgenosse. Gerade so erndigt es ihnen, sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Die Arbeiter müssen ihnen dazu noch beihilflich sein, indem sie sich, sei es als Produzent, sei es als Konsument, ausbeuten lassen. Die Schleuderzigare sind eine der häßlichsten Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart. Sie sind eine Folge der Verarmung der Massen und bilden zugleich eine der Ursachen immer weiterer Verarmung.

Der Grunewald ist doch für jeden da! Unter dieser Ueberschrift sendet uns ein Leser folgende Zuschrift: „Am Sonntag, den 9. d. Mts., machten sämtliche Angestellte der National-Bräuerei einen Ausflug nach Schildhorn und vergnügten sich in den Nachmittagstunden am Fuße des Denkmalsberges durch Spiele u. d. Die Mehrzahl der Ausflügler, hauptsächlich die Männer, waren zur betreffenden Zeit mehr am Abhange des Berges, die anderen, hauptsächlich Frauen und Kinder, mehr nach dem Wasser auf der ebenen Wiese zerstreut, als plötzlich ein Soldatentrupp, etwa 100 Mann von der Militär-Schießschule, mit einem Betreten an der Spitze von der einen Seite aufsuchte, einen Augenblick Halt machte und dann auf Kommando des Betreten in starkem Lauffschritt über die Frauen und Kinder westwärts, mehrere dabei anstoßend. Hätten die Leute ein Wort gesagt, wie hätten ihnen gerne zu ihrer Mittheilung den Platz geräumt, doch hielten sie es für besser, geradeaus über die am Boden Liegenden hinwegzulassen. Was nicht lag und nicht schnell genug retirieren konnte, wurde umgestoßen. Ein Wunder ist es, daß kein Unglück dabei passiert ist. Unter den Ausflüglern war und ist man allgemein der Ansicht, daß das Militär sie provozieren wollte, ohne den geringsten Grund dazu zu haben. Vom Draumesser über ihr Benehmen zur Rede gestellt, antwortete der Unteroffizier ganz ironisch: Der Grunewald ist doch für jeden da! Nach diesem Vorfall scheint der Grunewald allerdings nur für das Militär da zu sein. Wären die Ausflügler nicht besonnener gewesen, als die Herren Soldaten, dann hätte es eine schöne Keilerei abgegeben, denn unter den Ausflüglern befanden sich eine ganze Menge derber Bierkäufer, die den Militärs beim zweiten Male diese Nothheit jedenfalls verleidet hätten.“

Betreffs der Konfiskation der Nummer 28 des „Sozialist“ ist jetzt der Redaktion desselben die nähere Begründung zugegangen. Hauptächlich ein Artikel, „Futtermangel“ überschrieben, wird als aufreizend bezeichnet und zwar soll durch denselben eine Aufreizung des Bauernstandes zu Gewaltthatigkeiten gegen Staat und Gesellschaft erfolgt sein, welchen die Schuld am augenblicklichen landwirthschaftlichen Nothstand zugeschoben werde.

Die Generalversammlung der „Freien Vereinigung der Bureau-Angestellten“ hat den Sozialdemokraten Kunkel aus dem Verein ausgeschlossen, weil er „politische Momente in die Verfolgung von Berufsinteressen getragen und dadurch die Vereinigung schwer geschädigt habe.“ — Wenn dieser Beschluß aus einem Kriegerverein käme, hätte er nicht Ueberaschendes, bemerkt hierzu die „Vollst.-Zeitung“.

Angeschwemmt wurde gestern früh um 4 1/2 Uhr im Landwehrkanal vor dem Grundstück Kottbusser Ufer 40 die im vorgeschrittenen Zustande der Auflösung befindliche Leiche eines Mannes. In den Kleidern wurden Papiere gefunden, die auf den 29 Jahre alten Fleischergehilfen Karl Klaumann, Kottbusserstraße 88, hinweisen.

Vor den Augen eines Bademeisters ertrunken. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der Dienstag-Nummer die Nachricht über den in einer Bade-Anstalt ertrunkenen Tischler Reinhardt. Der in jener Notiz erwähnte Bademeister erklärt nun, daß der geschilberte Vorgang nicht in 15 Minuten sich abgespielt, sondern in nur wenigen Minuten, daß er selbstverständlich auch schwimmtüchtig sei und sofort Rettungsversuche gemacht habe, und daß der Tod des Ertrunkenen, wie ärztlich bescheinigt, durch einen Herzschlag herbeigeführt sei.

In dem an der Frau Bürger in Charlottenburg verübten Mordversuch wird mitgeteilt, daß der Kutscher Albert Heinz von seinen Wunden soweit hergestellt ist, daß er in das Antisergisgefängniß eingeliefert werden konnte.

Ein betrübender Unglücksfall hat sich Mittwoch in dem Hause Tegelerstr. 86 zugezogen. Dort spielte auf dem Hausflur die 1 1/2 Jahre alte Tochter Ida der Arbeiter Peterschen Eheleute. Das Kind fand in einer Ecke ein kleines verdecktes Fläschchen, öffnete es und trank nach Kinderart von dem Inhalt. Mit einem lauten Ausschrei brach es alsbald zusammen: In der Flasche befand sich Säure, die aufsteigend zum Puzen von Metallgegenständen benutzt worden war. Die Kleine wurde, innerlich schwer verletzt, in die Charite eingeliefert, wo nur geringe Hoffnung auf Wiederherstellung besteht. Die Untersuchung ist bezüglich der Ermittlung des Eigentümers der Flasche eingeleitet worden.

Die Kunde von einem Morde wurde uns am Mittwoch Abend aus dem Süden der Stadt gemeldet. Es sollte der am 7. November 1859 geborene Schlosser Franz Rater seine 36 Jahre alte Frau Christine aus dem Fenster auf die Straße geworfen haben. Wie wir aus sicherer Quelle mittheilen können, handelt es sich nur um einen Selbstmordversuch, den die Frau wegen ehelicher Zwistigkeiten gestern Nachmittag um 4 1/2 Uhr unternommen hat. Das Rater'sche Ehepaar wohnt seit etwa 4 Jahren im ersten Stock des Hauses Schönleinstr. 23. Da die Frau ohne Grund ihren Mann mit Eifersucht quälte, so kam es oft zu erregten Vorgängen. Schon einmal machte die Ehefrau einen Selbstmordversuch, indem sie sich mit einer Scheere die Pulsadern öffnete; dann auch verarmdete sie eines Tages ihren Mann mit einem Messer am linken Arm. In der Nacht zum Donnerstag gegen 11 1/2 Uhr hörten Hausbewohner wiederum lautes Zanken zwischen den Rater'schen Eheleuten; später wurde die Frau von ihrem Manne anscheinend geschüttelt. Der Zwist dauerte mit Unterbrechungen bis zum nächsten Nachmittage fort. Pflöchlich um 4 1/2 Uhr wurde das Fenster aufgerissen und Frau Rater stürzte auf die Straße hinab. Die Polizei untersuchte im Sinne des Verdictes den Thatbestand. Die Thürfüllungen in der Wohnung waren mittels eines eisernen Spudnapfes zerschlagen, und die auf der Straße schwerverletzte Frau erging sich in schweren Schmähdungen gegen den Ehemann. Kurz vor ihrer Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban gestand sie zu, den Sprung aus dem Fenster freiwillig gemacht zu haben. Wie festgestellt wurde, hat sie auch die Thürfüllungen selbst eingeschlagen.

Einen schaurigen Selbstmordversuch unternahm Mittwoch Abend gegen 6 Uhr ein 83 Jahre alter Mann vor dem Bahnhofe in Pankow. Als er einen Zug heranbrausen hörte, erklomm er die Böschung und legte seinen Kopf auf die Schienen, um die Maschine darüber hinweggehen zu lassen. Etwa dreißig Schritte von dieser Stelle bemerkte der Lokomotivführer den Lebenswaden auf dem Geleise und ließ sofort die Karpenterbremse spielen. Dadurch brachte er den ziemlich schnell fahrenden Zug zum Stehen, konnte aber nicht verhindern, daß die Maschine mit den Befenhaltern den daliegenden Mann erfaßte und in großen Bogen die Böschung hinabschleuderte. Die Bahnpolizei nahm sich des Unbekannten an und ließ ihn nach der Charite befördern. Hier wurden an verschiedenen Körpertheilen schwere äußere Verletzungen festgestellt, die immerhin fraglich erscheinen lassen, ob der Verwundete mit dem Leben davon kommt. Auf kurze Zeit hat er im Krankenhaus das Bewußtsein wieder erlangt und sich als den Arbeiter Ludwig Fischer ausgeben. Bevor er die Wohnung nennen konnte, verfiel er wieder in Bewußtlosigkeit.

Polizeibericht. Am 12. d. Mts. früh sprang eine Frau von der Goykowskybrücke in die Spree, wurde aber noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach ihrer Wohnung gebracht. — Nachmittags stürzte ein zweijähriger Knabe aus dem Küchenfenster der im 3. Stock des Hauses Neue Hochstr. 40a belegenen Wohnung seiner Eltern auf den Hof hinab und erlitt hierbei schwere Verletzungen am Kopfe. — Vor dem Hause Nr. 122 wurde eine Frau plötzlich von einem Ohnmachtsanfall betroffen. Da sie sich nicht erholte, wurde sie mittels Drofische nach dem Krankenhaus gebracht, verstarb jedoch auf dem Wege dorthin. — Am 13. d. Mts. Morgens wurde vor dem Grundstück Kottbusser Ufer 40 die bereits stark verweste Leiche eines Mannes angeschwemmt. — Im Laufe des Tages fanden fünf Brände statt.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Lemberg, 13. Juli. Infolge des heftigen Auftretens der Cholera in Podolien sind die Schutzvorkehrungen an der Grenze verschärft worden.

Petersburg, 13. Juli. In Podolien sind in letzter Woche mehrere hundert Personen an Cholera erkrankt. In Petersburg wie in Michni Nowgorod sind bisher nur vereinzelte Cholera-Erkrankungen vorgekommen.

Petersburg, 13. Juli. Der Finanzminister verfügte eine Ermäßigung der Frachttarife auf den Bahnen, die nach den Balkanstaaten transportieren, um eine Konkurrenz mit anderen nach dem Balkan importierenden Staaten möglich zu machen.

Christiania, 13. Juli. Die Regierung hat die Niederlegung des Silberbergwerkes Kongberg in Erwägung genommen, wodurch mehrere hundert Arbeiter brotlos werden würden. Im vorigen Jahre ergab die Silberproduktion schon einen Fehlbetrag von ca. 70 000 Kronen.

Brüssel, 13. Juli. Gestern begannen die Verhandlungen des Stempelprojektes vor dem hiesigen Appellhof. Dieselben beanspruchen mehrere Sitzungen.

Paris, 13. Juli. Der Senat beschäftigte sich mit der zweiten Lesung des Gesetzes betreffend Schaffung einer Alters- und Unterhaltungs-Kasse für Bergarbeiter.

Paris, 13. Juli. Es-Präsident, der Justizminister werde in den nächsten Tagen dem Präsidenten Carnot ein Dekret beifügen Beträgung der verurtheilten Studenten unterbreiten.

London, 13. Juli. Etwa 2000 Delegirte aus Colorado wohnten gestern dem Kongreß betreffend die Silberfrage bei. Der Gouverneur hielt eine Rede, in welcher er sagte, wenn die Vereinigten Staaten keine selbständige Politik durchführen könnten und immer von fremden Mächten abhängen sollten, wäre es besser, Krieg zu beginnen und sein Blut zu vergießen, als seine Freiheit zu verlieren.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 13. Juli. Nach einer Depesche der „Times“ aus Bangkok vom heutigen Tage weigert sich die siamesische Regierung, der Forderung des französischen Gesandten, noch zwei französische Kanonenboote die Fahrt auf dem Menam-Flusse zu gestatten, nachzukommen. Die Dampfer „Inkonstant“ und „Comote“ werden morgen hier erwartet. Falls dieselben verladen werden sollten, würde die Barriere geschlossen werden.

Paris. Der Kongress der Arbeitörbe...
Paris, 13. Juli. Heute wurde in Saint Denis der Kongress der sozialistischen Munizipalräthe von Frankreich, etwa 100, eröffnet. Den Vorsitz übernahm der Maire.

Lissabon, 13. Juli. Die Cortes nahmen heute die Vorlage an, durch welche die Regierung ermächtigt wird, die Verhältnisse der königlich portugiesischen Eisenbahn-Gesellschaft zu regeln und den Kontrakt über die Arbeiten im Hafen von Lissabon einer Revision zu unterziehen. Der Schluß der Cortes soll am Sonnabend erfolgen.

Konstantinopel, 12. Juli. Der Sanitätsrath hat die ärztliche Inspektion der Provenienzen aus Oesterreich-Ungarn und Italien angeordnet.

New-York, 13. Juli. Dem „New-York Herald“ wird aus Managua gemeldet, daß der Bürgerkrieg in Nicaragua wieder ausgebrochen sei. Die Einwohner der Stadt Leon hätten sich gegen die neue Regierung erhoben. Präsident Machado werde in Leon gefangen gehalten. Regierungstruppen seien nach Leon beordert worden.

Denver (Colorado), 13. Juli. Die hier abgehaltene Silberkonvention nahm eine Adresse an das Volk an, in welcher erklärt wird, die Bewegung zu Gunsten der Aufhebung der Sherman-Akte sei das Ergebnis einer Verschwörung, von der das Vorgehen der indischen Regierung einen Theil bilde; die Adresse hebt die verhängnisvollen Wirkungen hervor, welche die bedingungslose Aufhebung des Silberanlaufgesetzes hervorbringen würde. Die Konvention vertagte sich sodann. (Die nordamerikanischen Silberbazone sind außer sich über ihre Niederlage. D. Red.)

Briefkasten der Redaktion.

G. R. 1. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. 2. Wegen des Betreffenden müßten Sie sich an den zuständigen Berliner Vertrauensmann wenden.

Japsen. Kaufstadt. Sie wollen wissen, wie viel Japsen resp. Büffels bei dem Feste der Arbeiter-Bildungsschule in Schloß Schönholz nöthig waren? Um uns um dergleichen Fragen zu kümmern, ist doch unsere Zeit zu viel von ernstern Dingen in Anspruch genommen.

M. M. Berliner Arbeitern, die auf Artikel der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“, die ihnen von den Fabrikanten zugestellt wird, reinfallen, ist nicht zu helfen. Dergleichen Schandartikel gegen die Sozialdemokratie ziehen heute ja kaum mehr in Hinterpommern.

A. Ob ein Schutzmänn monatliches oder vierteljährliches Gehalt erhält? Das kann Ihnen jeder Schuhmann sagen.

102. Das Ehescheidungsrecht für Elsaß-Lothringen ist ein anderes als das für Dresden und ein anderes als das für Preußen geltende; ebenso ist das sächsische vom preussischen verschieden. In Kürze die Unterschiede darlegen, ist unmöglich.

G. S., Gitschinerstraße. Jede Geburt eines Kindes ist innerhalb einer Woche dem Standesbeamten des Bezirks, in welchem die Niederkunft stattgefunden hat, anzuzeigen. Die Anzeige muß von dem Verpflichteten selbst oder durch eine andere aus eigener Wissenschaft unterrichtete Person mündlich geschehen. Zur Anzeige verpflichtet sind in der Weise, daß die Verpflichtung der später genannten Personen erst eintritt, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden oder an der Erfüllung der Anzeige behindert ist: 1. der eheliche Vater, 2. die bei der Niederkunft zugegen gewesene Hebamme, 3. der dabei zugegen gewesene Arzt, 4. jede andere dabei zugegen gewesene Person, 5. die Mutter, sobald sie dazu im Stande ist. Bei Geburten in öffentlichen Anstalten hat nur deren Vorsteher die Anzeige zu erstatten.

M. 100. Da wir Bierblattspiel und dergleichen nicht kennen, können wir Ihnen auch nicht mittheilen, ob dasselbe ein Hazardspiel ist.

Unwissender, Höchststraße. Die betreffenden Gegenstände sind nicht ohne weiteres verfallen; Sie haben jedenfalls für den Fall der Versteigerung Anspruch auf den überschüssigen Erlös. Wenden Sie sich an die Pfandanstalt und fragen Sie eventuell unter genauerer Darlegung des Sachverhalts an.

Fröhlich. Die neueiche Antwort kann lediglich wiederholt werden. Weder eine gerichtliche Klage noch der Austritt aus der Kirche würde Ihnen helfen, wenn, wie es scheint, auf dem Grundstück (sobald es bebaut wird oder sonst) die betreffende Last ruht.

S. in N. 10 Prozent.

Grabemann. Tragen Sie die Sachlage zwischen 12 und 1 Uhr uns vor. Ihre brieflichen Darlegungen sind unklar. Hufitenstr. 18. Das Strafmandat ist mit Recht 3 h n e n zugegangen.

Hein. Durch allwöchentliche Empfangnahme des Geldes vergeben Sie Ihrem Rechte auf Kündigung erst zum 1. Oktober n i c h t s. Für den Fall des Konkurses müssen Sie Ihre Forderung als benorrechtigte anmelden.

Kurth. Auch die Frau haftet. A. G. 1. An das Amtsgericht Ihres Wohnortes. 2. Das Rechtskräftig-Artefist muß vorliegen. 3. Kaszfährlich unter „Legitimation unehelicher Kinder“ beantwortet.

Knobloch. Briefliche Auskunft kann, wie doch häufig genug an dieser Stelle hervorgehoben ist, nicht erteilt werden. Ein polizeiliches Führungsattest muß die Bestrafungen enthalten.

Walter. 1. Die Wöchnerinnen haben leider kein Klagerrecht mehr. Versuchen Sie eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Das Material wird wenn möglich im Reichstag Verwendung finden. Besten Dank. 2. Das polizeiliche Ersuchen „über die Vertheilung der Wahlauskrufe Ausschluß zu geben“ wird am besten etwa damit beantwortet: „Ich lehne jegliche Erklärung ab, und ersuche um Ausschluß über die Gründe für den Glauben der Polizei behörde, befugt zu sein, solche Frage an mich zu stellen.“

G. 2. 1. Ja, soweit die Rückstände sich auf die letzten drei Monate beziehen. 2. Durch 1 beantwortet. 3. Es existirt keine polizeiliche allgemeine diesbezügliche Vorschrift. 4. Ja.

S. G. Als Schwager sind Sie, falls nicht etwa das Testament dies bestimmt, nicht Erbe, haben also auch keine Erbschaftsteuer zu zahlen.

M. S. 36. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Gust. St. Vauken. Die betr. Sendung der Flugblätter kostet nichts.

B. W. Ein Gesetz über Erbschaftsteuer existirt nicht. Die Vormundschaftsordnung kostet M. 1.50.

A. S., Freiburg i. B. Wenden Sie sich an die „Freie Vereinigung der Kaufleute Berlins“ oder an den Vertrauensmann der Kaufleute, Herrn Julius Dürk, Berlin SW, Solmsstraße 24.

Stellmacher. In Ihrer Annonce fehlt Datum und Lokal

Verlag des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt.
Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Wir empfehlen unseren Parteigenossen zum Studium und zur Verbreitung:

Wilh. Liebknecht's Schriften.

Volks-Fremdwörterbuch. 6. Auflage. Broschirt in 12 Heften à 20 Pf. Gebunden 3,- M.

Hochverrath und Revolution. — 30

Eine ungehaltene Vertheidigungsbrede gegen die Anklage des Hochverraths und wider die staatsanwaltliche Polizeiauffassung, Hochverrath und Revolution seien gleichbedeutende Begriffe. Revolution „von unten“ nämlich.

Jur Grund- und Bodenfrage. 2. Auflage. — 50 M.

Eine Vertheidigungsschrift für die Beschlüsse des Baseler Kongresses der Internationalen Arbeiter-Assoziation auf Vergeßlichkeit des Grund und Bodens unter Verbringung eines überreichen historischen Materials.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. Festsrede gehalten zum Stiftungsfest des Dresdener Bildungsvereins am 5. Februar 1872. 9. Auflage. — 30 M.

Eine scharfe, quellenmäßige Kritik, was unser Staat für Bildungszwecke und was er für Militärzwecke ausbringt, und eine glänzende Rechtfertigung der Betheiligung der Arbeiterklasse an den politischen Kämpfen der Gegenwart.

Die Emser Depesche oder wie Kriege gemacht werden. 3. Auflage. — 30 M.

Besonders für die jüngere Generation liefert die Broschüre einen lehrreichen Beitrag zur Geschichte des deutsch-französischen Krieges.

Robert Plum und seine Zeit. Brosch. in 6 Heften à 25 Pf. Gebunden 2,- M.

Darstellung seines Lebens und Wirkens in der Zeit der deutschen Revolution und zugleich ein Stück Geschichte der 48er Bewegung.

In Schuß und Erub. Festsrede gehalten zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871. 6. Auflage. — 25 M.

Legt in allgemein verständlicher Form die Ziele und die Weltanschauung der Sozialdemokratie dar.

Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Ein Vortrag, gehalten in einer öffentlichen Versammlung des demokratischen Arbeitervereins zu Berlin am 31. Mai 1869. Mit Vorwort und einem tragikomischen Nachspiel. — 10 M.

Für die Geschichte der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie und der Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist diese in jüngster Zeit vielzitierte Broschüre ein werthvolles historisches Dokument.

Robert Owen. Sein Leben und sozialpolitisches Wirken. Zwei ausgegrabene Stiggen. Mit 2 Abbildungen. 72 S. — 30 M.

Das Alters- und Invaliden-Versicherungs-Gesetz. Vortrag, gehalten am 13. August 1888 in einer öffentlichen Volksversammlung in Würzen. 8. Aufl. 32 S. — 10 M.

Ein Blick in die Neue Welt. Elegant gebt. 3,- M.

Das Buch ist in hohem Grade lesenswerth. Es enthält gerade das, was die gewöhnlichen Reisebeschreibungen nicht enthalten: einen ruhigen, objektiven Blick, eine streng sachliche Würdigung aller möglichen kleinen und großen Vorurtheile, die Vermeidung alles unnützen Ballastes und erzeugt auf diese Weise im Leser mit den denkbar einfachsten Mitteln den Eindruck vollendeter Wahrheit.

Zum 18. März und Verwandtes. 46 Seiten brosch. — 20 M.

Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn. Aus dem Englischen überf. von Natalie Liebknecht. Mit einem Vorwort von Wilh. Liebknecht. — 30 M.

Jor, Die Kitter der Arbeit. Nach dem Amerikanischen. Uebersetzt von Natalie Liebknecht. 1,- M.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteur und Zeitungsbedeure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Soeben erschien im Verlag der „Münchener Post“:

Die Bewegung der Parteien

bei den Reichstagswahlen 1871-1893.

Graphisch und in Mehrfarbendruck dargestellt. Preis 20 Pfennig.

Die Sklaven-Aufstände des Alterthums.

Vom sozialen Gesichtspunkte aus dargestellt von Ernst Frank.

3. Auflage. Preis 40 Pfennig.

Durch alle Kolporteur und Buchhandlungen zu beziehen. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. 45411*

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse 2.

Soeben erschien: 401/6*

Heft 47

der Reden und Schriften Ferd. Lassalle's

(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsbedeure und Kolporteur entgegen.

Jamaica-Rum,

(181M*)
echt Verschnitt u. Fac., Literl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literl. M. 2,10.
Kimmer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
Echt Stonsdorfer Bitter-Likör, Liter 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.
Cognac fine Champagne, ¼ Literl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
Eugen Neumann & Co.,
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

Oranien-Bad

Oranienstrasse 44.
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.
Dampfkasten-Bäder.
Einpudung und Massage.
Leitungswasser. 4310L*

Martin Klein,

Uhrmacher, 3544L
25 Neue Hochstr. 25
empfehl. sein Lager aller Arten:
Wand- und Taschen-Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 673b

Alte Stiejel gr. Ausw., Reparatur u. Best. reell u. billig.
Runge, Naunynstr. 2. 874b*

Küchenmöbel [327b
einfache u. elegante, z. bill. Preisen empf.
W. Neumann, Tischlstr., Oranienstr. 186.

Neu renovirte prächtige Wohnungen zu 50, 60 Thlr. zu vermieten.
Heinrichsdorferstr. 24. 732b

Vereinzimmer (Pianino) Friedenstraße 74. 8615*

Kinderwagen.

Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. 8p
Betten, feiner Stand, neu, sof. 22 M.
zu verk. Briegerstr. 10, v. part. 8725*

Arbeitsmarkt.

Kranferinnen
für Straußfedern, echt und unecht, finden wenn geübt, dauernde und bestbezahlte Beschäftigung.
W. Freystadt, Straußfedern-Fabrik, Kommandantenstr. 80/81.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.
Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 4963E

Naether & Krausse

Anflamerstr. 44
an der Brunnen-Strasse.
Billigste Bezugsquelle für

Uhren.

Reparaturen gut und billig.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4433L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige Preise!
Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reich. Lager von ca. 1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel u. Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewarenhändler, 3768L*
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Stoppdecken

und
Schlafdecken
(mit kleinen Farbensehlern)
spottbillig in der Deckenfabrik von
J. Brünn,
Hackescher Markt Nr. 4.
(Stadtbahnhof Börse.)

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franks!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

1 Stand Betten, 1 Paar feine Stoppdecken, 2 Dh. neue Handtücher und einige bunte Tischdecken spottbill. z. verk. Prinzenstr. 66, II. r.

638L. Senftenberg. Waare 1000 4,50 M. ab Platz frei, in paden 6 M. liefert H. Buxbaum, Oranienstr. 187. 862b

Schlafst. f. Orn. zu verm. b. Wittwe Westphal, Gertraudenstr. 26, vorn III.
Freundl. Schlafst. f. Orn. zu verm. F. Eckardt, Prinzeßinnenstr. 7, v. III.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht. Sitzung vom 12. Juli. Kammer II. Der Weber Balde klagte gegen den Fabrikanten Seelig, der ihm 6 M. Lohn vorenthalten hat, auf die Herauszahlung dieser Summe. Den Behauptungen des Beklagten nach hat Balde verschiedene Sommerwaaren so hergestellt, daß sie nach Länge beziehungsweise Gewicht nicht dem ihm zur Verfügung gestellten Rohmaterial entsprachen. Beklagter schob Kläger die Schuld daran zu und hielt sich durch ihn geschädigt. Der Kläger bestritt die Schuld daran zu tragen und führte den angeblichen Schaden des Herrn Seelig auf Inappes Materialzumessen desselben und auf nicht zu verbindenden Materialverschleiß im Arbeitsprozeß zurück. Der behauptete Schaden ließ sich nicht nachweisen, da keine Buchungen über das herausgegebene Rohmaterial und über sein Verhältnis zur fertigen Waare gemacht worden waren. Seelig wurde verurteilt, die 6 M. an Balde zu zahlen und die Kosten zu tragen. Die Begründung des Urtheils ging dahin, daß Reite und Schuß hätten gezogen werden müssen, dann hätte Beklagter seinen Schadenersatz-Anspruch begründen können; so sei dies aber nicht möglich gewesen.

Kammer I. Der Schneider Dietrich klagte gegen den Kaufmann Behmann, behauptend, er sei bis zum Oktober dieses Jahres von diesem fest engagirt gewesen; trotzdem habe ihn derselbe Ende Mai entlassen. Er beansprucht die Weiterbeschäftigung bis Oktober oder die Zahlung seines Gehaltes bis dahin. Dasselbe betrug für den Monat 200 M., so daß es sich um ein Objekt von 800 M. handelt. Der Beklagte bestritt das feste Engagement und meint, er habe dem Kläger nur in Aussicht gestellt, unter günstigen Umständen bis Oktober durchbeschäftigt zu werden. Trotz der Vernehmung vieler Zeugen ließ sich nicht erweisen, welche der gegentheiligen Behauptungen der Wahrheit entspricht und blieb so nur die Eideszuschreibung übrig. Der Beklagte wird in einem neuen Termin seine Aussage zu beschwören haben; nämlich daß es nicht wahr sei, daß er den Kläger bis zum Oktober als Zuschneider fest engagirt habe. Leistet er den Eid, dann wird der Kläger kostenpflichtig abgewiesen, leistet er ihn nicht, dann wird er verurteilt, diesen vom Tage der Eidesleistung ab bis zum 1. Oktober unter den alten Bedingungen zu beschäftigen bzw. ihm das entsprechende Gehalt zu zahlen. In diesem Falle ist hiervon das abzugeben, was vom Kläger in der Zwischenzeit anderwärts verdient wird.

Kammer V. Der Werkführer Sendowitz wurde mit einer Klage auf Erstattung einer Lohnentschädigung von 100 M. abgewiesen; er war plötzlich vom Beklagten, Metallwarenfabrikant Döring, entlassen worden. Die Abweisung erfolgte, weil durch die eidliche Vernehmung eines Zeugen als erwiesen angenommen wurde, daß der Kläger den Beklagten schwer beleidigt hat. Er hatte ihm nämlich vorgeworfen, daß er ein Vultauger sei, und behauptet, daß er vor der Pleite stehe und sein Ingenieur ein Falschmünzer sei.

Das Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich in zweitägiger Verhandlung mit einer Anklage wegen Meineids und Verleitung zum Meineid zu beschäftigen, die sich gegen den früheren Bureauvorsteher Gustav König richtete. Der Angeklagte war mit dem Schlächtermeister Schütz befreundet worden. Der letztere wünschte seine schlechte Lage durch eine reiche Heirath zu verbessern und mit Hilfe des Angeklagten gelang es ihm auch insofern, als er eine Frau mit soviel Vermögen erhielt, daß er ein Geschäft in Weihenstephan gründen konnte. Die Frau Schütz war aber vorsichtig genug, das Geschäft auf ihren Namen eintragen zu lassen, während ihr Ehemann nur die Stellung eines Prokuristen bekleidete. Die Freundschaft zwischen Schütz und König ging bald in die Brüche. Während König früher in Prozesssachen der Vertreter des Schütz war, wurde er nun dessen Gegner. Der Bauer Zell hatte dem Schütz eine Kuh verkauft und konnte Zahlung dafür nicht erhalten. Als Zell ein rechtskräftiges Urtheil erlitten und eine Pfändung vorgenommen hatte, erhob Frau Schütz mit Erfolg Einspruch. Die gepfändeten Sachen mußten wieder herausgegeben werden. Darauf begab sich König zu Zell und rieth ihm, bei Schütz Wagen und Pferd zu pfänden. Dies gehörte dem Schuldner selbst. Zell befolgte den Rath und wiederum kam es zu einer Einspruchsklage, die von der Frau Schütz angefordert wurde. In diesem Prozesse wurde König als Zeuge geladen. Er soll sich durch seine Feindschaft gegen Schütz dazu haben hinreißen lassen, einen falschen Eid zu leisten, indem er beschwor, er wisse bestimmt, daß Wagen und Pferd das Eigenthum des Schütz seien. Thatsächlich soll König aber Zeuge gewesen sein, als Frau Schütz das Fuhrwerk erstand. Die Verleitung zum Meineid wird darin gefunden, daß König den Schlächtermeister Lieben aufgefordert haben soll, in einer anderen Prozesssache eine falsche Aussage zu ungunsten des Schütz zu machen. Es war eine umfangreiche Zeugenvernehmung nöthig, um den Angeklagten, der sich mit großer Gewandtheit vertheidigte, zu überführen. Staatsanwalt Raugow hielt dies für zweifellos gelungen, zumal dem Angeklagten, der bereits fünfmal wegen Betruges und Unterschlagung verurtheilt ist, die Strathaten wohl zugutragen seien. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Söllner, stellte die Unterfrage der Fahrlässigkeit und plädirte in diesem Sinne.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur des fahrlässigen Meineides schuldig, dagegen von der Verleitung zum Meineid frei.

Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Urtheil lautete nach dem Antrage.

Umfangreiche Diebstähle auf der Abdeckerei lagen einer Anklage zu Grunde, welche gestern von der 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts I gegen den Schlächtermeister Jakob Werner, sowie die auf der Abdeckerei beschäftigt gewesenen Arbeiter Karl Lucht und Gustav Lörlich verhandelt wurde. Dieselben sind des Bandendiebstahls und des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz durch Verkauf zur menschlichen Nahrung ungeeigneten Fleisches beschuldigt. Die mitangeklagte Ehefrau des Werner stand unter der Anklage der Hehlererei. Schon seit Jahren wurden aus der Abdeckerei größere Mengen Fleisches gestohlen und der Angeklagte Werner steht schon lange in dem Verdacht, daß er bei diesen Diebstählen betheiligt sei. Es dürfte noch erinnern sein, daß schon bei dem klanftischen Morde zur Sprache gekommen war, daß Werner mit der ermordeten Frau Baner zusammen einen schwindehastigen Handel mit Abdeckerei-Fleisch betrieb. Eines Tages im Februar gelang es dem Gendarm Klösch, Werner in flagranti abzufassen. Dieser war mit einem Handwagen dicht an die Umzäunung des Abdeckerei-Grundstücks heran gefahren und hatte einen großen Posten tuberkulösen Fleisches aufgeladen, welches Lucht und Lörlich über die Umzäunung geworfen hatten. Das Fleisch stammte aus einem Schuppen her, in welchem das polizeilich beschlagnahmte und der Abdeckerei zur Vernichtung überwiesene Fleisch aufbewahrt wurde. Die drei ersten Angeklagten geben zu, auf Anweisung Werners die Diebstähle begangen zu haben, Werner behauptet aber, daß er das Fleisch nur als Hundestutler verwerthet habe. Diese Behauptung steht mit den von den

Gendarmen angefertigten Ermittlungen im Widerspruch. Die Angeklagten hatten auch bei ihrer ersten Vernehmung zugegeben, das Fleisch an verschiedene Personen verkauft zu haben, und zwar zum Preise von 40 Pf. pro Pfund. Frau Werner scheint den Vertrieb des Fleisches besorgt zu haben und der Handel ein sehr schwindehastiger gewesen zu sein, denn es ist festgestellt, daß die Angeklagte über Baarmittel in Höhe von 2000 M. verfügte, welche sie noch rechtzeitig vor der haussuchenden Polizei in Sicherheit zu bringen verstanden hat. Die Diebstähle wurden in der Weise verübt, daß Lucht und Lörlich nach Schluß der Abdeckerei durch ein Fenster einstiegen. — Der Inspektor der Abdeckerei, Schröder, bekundete, daß das Abdeckerei-Fleisch solches ist, welches hier auf dem Viehhofe zurückgewiesen wird. Mitunter kommt aber auch gefundenes Fleisch auf die Abdeckerei, welches wegen formeller Fehler mit Beschlag belegt worden ist. — Verdächtig für Frau Werner ist es, daß dieselbe zu der Zeit, als ihr Ehemann verhaftet wurde, einen Posten Fleisch schenkte zu einem Restaurateur brachte und ihm freistellte, damit zu machen, was er wolle. Dem früheren Inspektor der fiskalischen Abdeckerei, Treß, ist Werner auch schon verdächtig geworden, weil er wiederholt in der Nähe der Abdeckerei sich aufhielt. — Das Ehepaar Werner blieb dabei, daß das Abdeckerei-Fleisch nur als Hundestutler verkauft worden sei und berief sich auf mehrere Schlächtermeister dafür, daß sie von diesem gesunden Fleisch gekauft, welches sie angeblich an Schiffer absetzten. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Werner wegen Anstiftung zum schweren Diebstahl, Hehlererei und Verkauf verdorbenen Fleisches 6 Jahre Zuchthaus, gegen Lucht und Lörlich je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, gegen Frau Werner dagegen Freisprechung, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie Kenntniß von dem Ursprunge des Fleisches gehabt hat. — Der Gerichtshof hielt das Vergehen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz nicht für ausreichend erwiesen und verurtheilte die drei ersten Angeklagten nur wegen wiederholten schweren Diebstahls und zwar Werner zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Lucht und Lörlich zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Frau Werner wurde freigesprochen.

Der Schwindel mit einem Extrablatt, welches ein Attentat auf den Kaiser von Rußland meldete, beschäftigte gestern in der Berufungsinanz die 6. Strafkammer des Landgerichts I. Das Aufsehen erregende Extrablatt wurde am 31. Januar in der Gegend des Oranienburger Thores von den Druckschriften-Händlern Hecht und Polster überlaut ausgebrüllt. Der Inhalt desselben entsprang der Phantasie des Druckschriften-Händlers Hebel. Dieser war in arger Geldlemme und hatte sich das Attentat auf dem Garenwitsch als probates Mittel erdacht, um zu einem anständigen Posten Geldes zu kommen. Er ging zu dem Buchdruckereibesitzer Dittbrenner und veranlaßte diesen zur schleunigen Herstellung von Extrablättern, indem er geheimnißvoll andeutete, daß er die Thatsache des Attentats durch die Indiskretion eines Telegraphenbeamten verdanke, der die betreffende nur für den Kaiser bestimmte Depesche befördert hatte. Trotzdem der von Hebel verfaßte Extrablatt-Artikel von orthographischen Fehlern wimmelte, stellte Dittbrenner doch guten Muthes die Extrablätter her und der Spetaleit ging in Berlin los. Das Schöffengericht hatte J. Hebel wegen Betruges zu 9 Monaten Gefängnis, Hecht wegen großen Unfugs zu 6 Wochen Haft und Polster zu 5 M. Geldbuße verurtheilt. Wegen Dittbrenner wurde wegen Theilnahme am Betruge und Gewerbevergehen auf 300 M. Geldbuße erkannt. Das Gericht nahm an, daß er in betrügerischer Absicht seine Drucksirma so klein unter das Extrablatt gesetzt hatte, daß sie nicht zu entziffern war.

Gegen das Urtheil hatten der Staatsanwalt und die Angeklagten Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt hielt besonders das Urtheil gegen Hebel für zu gering. Derselbe habe sich das Attentat einfach aus den Fingern gesaugt und zwar gerade am 31. Januar dasselbe verbreitet, weil er wußte, daß an diesem Tage eben erst der russische Thronerbe von hier abgereist war und die sensationelle Nachricht durch die Indiskretion eines Telegraphenbeamten erfahren habe, doch entschieden keinen Glauben beimessen dürfe, er habe es aber ohne weiteres gethan, weil er eben durch den Druck des Extrablattes Geld verdienen wollte. Das Vergehen sei um so strafwürdiger, als bekanntlich diese Extrablatt-Affäre sogar zu diplomatischen Schritten Veranlassung gegeben habe. Dem empörenden Extrablatt-Schwindel, der sich hier in Berlin breit machte, könne man nur mit Erfolg entgegenzutreten, wenn man den Hebel bei den Buchdruckern ansehe, die sich nicht scheuen, solche Schwindel-Machwerke herzustellen. Nur wenn die Buchdrucker schwere Strafen erhalten, werde dieser Schwindel nachlassen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus beantragte der Staatsanwalt gegen Dittbrenner und Hebel je 1 Jahr Gefängnis, gegen Polster die Erhöhung der Strafe auf 3 Wochen Haft und gegen Hecht die in erster Instanz erkannte zulässig höchste Strafe. — Rechtsanwalt Köhler beantragte die Freisprechung des Dittbrenner. — Der Gerichtshof belieh es bezüglich der drei ersten Angeklagten bei den in erster Instanz erkannten Strafen, sprach dagegen den Angeklagten Dittbrenner frei, da er ein betrügerisches Handeln desselben nicht für nachgewiesen erachtete, wenn auch sein Vorgehen vielleicht als fahrlässig und unschön bezeichnet werden dürfe.

Reichsgericht. Leipzig, 12. Juli. (Beschränkung der Vertheidigung.) Der Redakteur der „Halberstädter Sonntags-Zeitung“, Christoph Martin, welcher in der letzten Zeit öfter das Reichsgericht beschäftigt hat, erreichte heute die Aufhebung des Urtheils der Halberstädter Strafkammer vom 22. April, durch welches er wegen Verleumdung der Pfarrer des Waldenburger Kreises zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt worden war. In der Nummer des genannten Blattes vom 1. Januar erschien ein Artikel, der einem anderen sozialdemokratischen Blatte entnommen und von einem „Gottedmann“ im Waldenburger Kreise sprach, welcher offen die Partei der Kapitalisten gegen die Arbeiter ergreife und die letzteren obendrein verhöhne. Es wurde dann gesagt, dieser Pfarrer habe von der Kanzel herab den Arbeitern Kreidenwurf empfohlen, indem er ihnen gerathen habe, mit Kreide eine Bursch auf den Tisch zu malen und jedesmal ein Stück wegzuwischen, wenn sie eines essen wollten. Das Landgericht stellte fest, daß der Angeklagte den Wahrheitsbeweis nicht habe liefern können, war im übrigen der Meinung, daß der Personenkreis, unter welchem der Beleidigte zu suchen sei, genügend bezeichnet sei und erkannte auf die erwähnte Strafe. — Die Revision des Angeklagten rihte materielle Verlesungsverletzung sowie Beschränkung der Vertheidigung. Der Angeklagte hatte in der Voruntersuchung den Antrag gestellt, sämtliche Pfarrer der Waldenburger Gegend zu vernehmen, ob einer von ihnen jene Aeußerung gethan habe. Dieser Antrag war abgelehnt worden, da die polizeilichen Ermittlungen ein negatives Resultat ergeben hätten. In der Hauptverhandlung hatte Martin den Antrag wiederholt, der Vorsitzende hatte dann aber nur erklärt, der Antrag sei bereits abgelehnt worden. Ein Gerichtsbeschluß war nicht ergangen. — Herr Reichsanwalt Schumann bezeichnete dieses Verfahren, einen Antrag ohne Beschluß und ohne Gründe abzulehnen, als unzulässig und beantragte

die Aufhebung des Urtheils. Das Reichsgericht entsprach diesem Antrage und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Soziale Uebersicht.

Ein Bild von dem elenden Dasein, das die Masse der deutschen Arbeiter im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte zu führen gezwungen ist, bietet die vom „Zentralblatt für das Deutsche Reich“ veröffentlichte Uebersicht über die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter, ein Bild, so beschämend, daß man sich in der That fragen muß, ob die Zahlen, die sich hier dem Auge präsentiren, Deutschland in der That berechtigen, sich ein Kulturland zu nennen. Nach diesen amtlich ermittelten Daten schwanken die ortsüblichen Tagelöhne erwachsener Männer meistens zwischen 1 und 2 Mark und erreichen nur in den seltensten Fällen, soweit einige größere Städte mit ihren Vororten in Betracht kommen, die fabelhafte Höhe von 3 M. In Berlin zum Beispiel, der theuersten Stadt Deutschlands, wo eine elende Wohnung im fünften Stock des zweiten Hinterhauses nicht unter 300 M. zu haben ist, ist ein Lohn in Höhe von 2,70 M. ermittelt worden. Hier, wo der Arbeiter relativ noch am besten gestellt ist, giebt er also den dritten Theil seines Einkommens allein für Miethzins aus. Und das sind, wie bekannt, günstige Verhältnisse gegenüber denen, in welchen der Arbeiter im Osten unter dem Joch des ritterlichen Gutsherren frohndet. Selten steigt der ortsübliche Tagelohn dort höher als auf 1 M., ja weite Distrikte giebt es, wo er noch unter 1 Mark beträgt. So in einigen Gebieten Schlesiens, wo 85 Pfennige als ortsüblicher Tagelohn gelten. Muß man sich da nicht fragen, ob Derjenige, der mit diesem Bettelpfennig sich selber und seine Familie ernähren soll, wirklich noch das Bewußtsein haben kann, daß er Mensch ist? Wahrlich, aus höchster unter solchen Umständen bewundert werden, daß die Arbeiter in den östlichen Provinzen noch die Energie haben, den unmenschlichen Zuständen in ihrer Heimath den Rücken zu kehren und ihren Lebensunterhalt in den größeren Städten oder im Westen überhaupt zu suchen. Garren hier ihrer auch neue Sorgen, so lernen sie doch mit der Zeit durch das ihnen von den heimathlichen Arbeitern gegebene gute Beispiel, sich an menschlichere Verhältnisse zu gewöhnen, und, gehoben durch den Einfluß der Sozialdemokratie, eine der edelsten Tugenden, das Selbstbewußtsein, zu üben. Dafür, daß die Arbeiter auch im Westen und in den größeren Städten sich nicht der gefügigen, trägen Ruhe hingeben, sorgen schon die Unternehmer, die es meisterhaft verstehen, im Kampfe mit den Arbeitern um die Lohn- und Arbeitsbedingungen die Oberhand zu behalten. In dem Gebiet zwischen dem Unterlauf der Oder und der holländischen Grenze bilden 1 M. 50 Pf. bis 2 M. die Regel, zum Theil steigt der Lohn auf 2,50 M. und wie gesagt, in ganz seltenen Fällen — so in Hamburg, wo, nebenbei bemerkt, die Arbeiter gewerkschaftlich noch verhältnismäßig am besten organisiert sind, auf 3 M. Der Regierungsbezirk Potsdam, die Provinz und das Königreich Sachsen, Braunschweig, Thüringen und Anhalt weisen recht verschiedene Verhältnisse auf. Im allgemeinen schwanken auch hier die Löhne noch zwischen 1 und 2 M., um sich dann in den Industriestädten auf 2,50 M. und auch auf 3 M. zu heben. Im West- und Süddeutschland herrscht ein Lohn von 1,50—2 M. vor, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in mehreren sonstigen kleinen Bezirken beträgt er im Durchschnitt 2 M. 50 Pf. Verhältnismäßig niedrig ist der Lohn auch in den ländlichen Bezirken Bayerns. Im großen Ganzen zeigt diese Uebersicht der besser gestellten, weil in Beschäftigung stehenden Arbeiter, wie unendlich groß das Feld noch ist, das die Arbeiterpartei und deren Organisationen noch zu beackern haben, damit das Unkraut der Genußsamkeit endlich ausgegärt werde und das arbeitende Volk zunächst den Theil vom Nationalertrage fordere, der der Arbeiterschaft in ökonomisch vorgeschrittenen Ländern wie England und Amerika heute schon zugefallen ist.

Zur Sonntagsernte im Warbiergewerbe. Im erfreulichen Gegensatz zu den Innungsbrüder in Berlin und anderswo haben die meisten Prinzipale in Mainz sich zustimmend zu einem von seiten der Gehilfen an sie gerichteten Gesuch ausgesprochen, wonach die Geschäfte im Winter Nachmittags von 3 Uhr und im Sommer von 2 Uhr ab geschlossen bleiben.

Vom dreimal heiligen Eigenthum. Durch Raub- wirthschaft werden seit einigen Jahren die Anhöhen des Wupperthals, soweit sie sich im Privatbesitz befinden, mehr und mehr entwaldet, ohne daß auf Wiederbeurteilung irgendwie Bedacht genommen würde. Der Staat hat nun für dieses Jahr als Anfang für den Bezirk der Gemeinde Solingen 25 000 M. zum Ankauf von Privat-Forstländereien ausgeworfen, deren Wiederaufforstung von Staatswegen in die Hand genommen werden soll. So berichtet die „Köln. Ztg.“, das Organ aller der Leute, denen jedes Gewaltmittel recht ist, wenn es ihnen geeignet scheint, die Sozialdemokratie als Zerstörer des Eigenthums zu vernichten. Welcher sozialdemokratische Agitator aber, so fragen wir, könnte wohl den Respekt vor den heiligen Formen des Eigenthums mehr in den Augen des Volkes verdienen, als die obige von dem Organ für Bildung und Weisheit gebrachte Mittheilung? Die Interessenten der heutigen Gesellschaft, die in maßloser Verblendung glauben, daß deren Bestand von ewiger Dauer ist, arbeiten selber mit Leibeskraften dahin, daß das Volk darüber klar wird, wie schädlich die heutigen Eigenthumsverhältnisse für die Gesamtheit sind, und daß eine neue Form derselben sich entwickeln muß, soll die Gesellschaft nicht selber zu Grunde gehen.

Der Sinn für Gesichtlichkeit ist bekanntlich bei unseren Unternehmern nicht allzu stark entwickelt, vor allem nicht in solchen Dingen, wo ihr eigenes Interesse mit dem Geseh in Widerstreit gereth. So sieht sich der Rath von Chemnitz veranlaßt, die Nase der Fabrikanten sanft auf die Verthimmung zu drücken, daß jugendliche Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren in Spinnereien in keinem Falle länger als 10 Stunden beschäftigt werden dürfen und daß die trotz alledem in weiten Kreisen geübte Praxis, jugendliche Arbeiter 11 Stunden zu beschäftigen, mit Strafe bedroht ist. Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung werden unsern braven Unternehmern nicht früher fest im Gedächtniß sitzen, als bis die Arbeiter durch ihre Organisation wachsame Polizei üben lassen können. Aber freilich, wie ist daran jetzt zu denken, wo die Arbeiter und deren Organisationen von allen Seiten drangsalirt werden und wo ein Fabrikinspektor sich nicht scheut, einen Arbeiter, der ihm von einem Mißthande Anzeige macht, deswegen bei seinem Unternehmer zu denunziren!

Der Karlsrüher Stadtrath beschloß, eine Speisehalle für Arbeiter mit einem Aufwande von 10 000 M. zu erbauen. Die Mittel werden aus einem Vermächtniß der verstorbenen Philippine Gropholz entnommen.

Eine frohe Botschaft verkündet der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Großenhain. Er behauptet nämlich, daß

In der Zeit vom 1. Juli bis 1. November es jedem Menschen möglich ist, seinen Lebensunterhalt zu verdienen und hat deswegen folgerichtig beschlossen, die Verpflegungstationen in der genannten Zeit geschlossen zu halten. Hoffentlich sorgt nun der Bezirksausschuß auch dafür, daß den wenigen Zehntausenden, die hier und da noch ohne Arbeit herumlaufen, ein einigermaßen auskömmlicher Verdienst beschafft werde.

Die feststehenden Dampfkessel in Preußen und Sachsen 1886 und 1891. Während die beweglichen Dampfkessel (Lokomotiven), so entnehmen wir dem „Reichs-Anzeiger“, neuerdings bei der Landwirtschaft Preußens eine erheblich gesteigerte Benutzung gefunden haben, gelangen die feststehenden Dampfkessel nach wie vor überwiegend in der Industrie zur Verwendung. Es läßt somit die Zunahme der letzteren Dampferzeuger wohl einen Schluß auf die Entwicklung der industriellen Thätigkeit des Landes zu, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß hierauf außer der Zahl noch die Größe, die Heizfläche und Dampfspannung der Kessel, sowie andere Umstände ihren Einfluß äußern.

Vergleicht man in dieser Hinsicht Preußen mit dem industriereichsten deutschen Bundesstaat Sachsen, so wird über die Zahl und die sonstigen Eigenschaften der Dampfkessel und Dampfmaschinen in Preußen alljährlich in der „Statistischen Korrespondenz“ näheres veröffentlicht, während über die gleichen Verhältnisse des Königreichs Sachsen in den Jahren 1886 und 1891 die „Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureau's“, Jahrgang 1892, eingehende Mitteilungen enthält.

In Preußen stieg nun die Zahl der feststehenden Dampfkessel von 42 956 zu Anfang 1886 auf 49 914 zu Beginn 1891; in Sachsen vermehrte sich in demselben Zeitabschnitt diese Kessel von 6550 auf 8078. Während also die Zunahme in Preußen 6958 Kessel oder 16,2 pCt. betrug, belief sie sich in Sachsen auf 1528 Kessel oder 23,33 pCt. Die beträchtlich stärkere Zunahme der feststehenden Dampferzeuger in Sachsen gegen Preußen läßt auf eine größere Steigerung der gewerblichen Thätigkeit im erleren Lande schließen. Diese Vermehrung in Sachsen erweist sich noch dadurch als eine besonders hervorragende, daß hier in den sieben vorangehenden Jahren von 1879 bis 1886 die Gesamtzahl der feststehenden Dampfkessel um 1576 Kessel oder 31,68 pCt. wuchs, so daß die jährliche Vermehrung der Kessel nur 4,53 pCt. durchschnittlich betrug gegen 4,07 pCt. jährlich im Jahresfünft 1886 bis 1891.

Paßt man auch die einzelnen Landestheile beider Staaten ins Auge, so stellt sich die Zahl der feststehenden Dampfkessel 1886 und 1891 in den preussischen Provinzen zunächst, wie folgt:

Provinzen	feststehende Dampfkessel zu Anfang	Zunahme von 1886 bis 1891
Ostpreußen	1896	1891
Westpreußen	1077	1287
Berlin, Stadtkreis	1514	1645
Brandenburg	3436	4130
Pommern	1299	1471
Posen	1265	1504
Sachsen	6729	7459
Schlesien	4533	4927
Schleswig-Holstein	1166	1763
Hannover	2797	3215
Westfalen	6372	7441
Hessen-Rassau	1481	1855
Rheinland	10259	11961
Dohenzollern	21	32

In denjenigen Provinzen, wie Sachsen, Schlesien, Westfalen, Rheinland und in der Stadt Berlin, welche sich schon längst durch eine hohe industrielle Thätigkeit hervorthun, nahm also die Zahl der feststehenden Dampfkessel verhältnismäßig weit weniger zu, als in den vornehmlich der Landwirtschaft obliegenden Provinzen Schleswig-Holstein, Hessen-Rassau, Ostpreußen u. s. w.; man darf hieraus schließen, daß die gewerbliche Thätigkeit in den letzteren Provinzen verhältnismäßig größere Fortschritte gemacht hat und bei einer gewissen industriellen Sättigung der erleren Landestheile sich mehr auf die letzteren ausdehnen bestrebt ist.

Wie sich die Verhältnisse dagegen im Königreich Sachsen gestaltet haben, läßt nachstehende Uebersicht erkennen:

Kreis-	feststehende Dampfkessel am 1. Januar	Zunahme von 1886 zu 1891
hauptmannschaften	1886	1891
Bautzen	652	887
Freiberg	1585	1953
Leipzig	1318	1624
Zwickau	2995	3664

Die Kreis-hauptmannschaft Bautzen, welche hiernach an der Gesamtzahl der feststehenden Dampfkessel in Sachsen am geringsten beteiligt ist, zeigt das stärkste Bestreben in der Vermehrung dieser Kessel, was auf einen besonders starken Aufschwung ihrer gewerblichen Thätigkeit hindeutet; demgegenüber weist die in industrielle Beziehung an der Spitze stehende Kreis-hauptmannschaft Zwickau, entsprechend dem Vorgange in Preußen, die verhältnismäßig geringste Vermehrung ihrer feststehenden Dampferzeuger auf. Im übrigen ergibt sich, daß die Zunahme der feststehenden Dampfkessel in den einzelnen Kreis-hauptmannschaften Sachsens eine weit gleichmäßigere war als in den Provinzen des preussischen Staats, eine Erscheinung, die durch die wesentlich größere Ausdehnung des letzteren und die dadurch bedingten Verschiedenheiten in der Beschaffenheit der Oberfläch und der unterirdischen Schätze der preussischen Provinzen hinlänglich erklärt wird.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Wahlkreis hielt am 12. Juli eine von etwa 500 Personen besuchte Generalversammlung ab. Genosse G. Wagner referirte über das Thema: „Was lehren uns die Reichstagswahlen und was lehrt uns die Thronrede?“ Den beifällig aufgenommenen Vortrag, welcher ganz interessante Einzelheiten aus der Wahlkampagne bot, schloß Redner mit der Aufforderung an die Genossen, zu jeder Zeit am Kampfe gegen die heutige Gesellschaft theilzunehmen, nicht bloß während der Wahlzeit. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Genosse Bod verlas hierauf den Kassenbericht, der eine Einnahme von 1299,46 M. und eine Ausgabe von 1100,15 M. ergab, so daß am 1. Juli ein Bestand von 199,31 M. verbleibt. Hierauf besprach der Vorsitzende Böhm kurz die Thätigkeit des Vereins während des letzten halben Jahres, und machte die Genossen auf die Bestimmung im Statut aufmerksam, nach welcher Krankheit und Arbeitslosigkeit von der Leistungspflicht entbindet. Die dann vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammenfassung: Böhm 1. Vorsitzender, Meier 2. Vorsitzender, Petric 1. Schriftführer, Glasse 2. Schriftführer, B. P. 1. Kassirer und Franz Schulz 2. Kassirer. Ferner beschloß man, im Juli als erste Broschüre das „Kommunistische Manifest“ zu vertheilen. Dem Vorstand wurde weiter von der Veranstaltung anheim gegeben, im äußersten Nordosten des Wahlkreises (Landsberger Allee u. s. w.) eine Zahlstelle zu errichten. Angenommen wurde dann noch ein Antrag, auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag über das Thema: „Der wirtschaftliche und politische Kampf und die bestehenden Organisationen,“ zu setzen. Der An-

tragsteller hatte den Antrag damit begründet, daß unter den in der politischen Bewegung thätigen Genossen viele seien, welche die ebenso wichtige gewerkschaftliche Bewegung nicht unterstützen. Die Genossen Friz Jubeil und Adler geben dem Wunsche Ausdruck, daß bei der Gelegenheit auch die Frage erörtert werden möge, was für einen Nutzen die kleinen politischen Vereine, beispielsweise die sozialdemokratischen Landmannschaften, der Partei brächten, und ob sie überhaupt derselben nützlich wären. Jubel glaubte ihnen jede Mäßigkeit absprechen zu müssen, während Adler gegenheiliger Meinung war.

Die Vorstände sämtlicher Krankenkassen Berlin waren von einem Beauftragten der „Oris-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker“, dem Hausdiener Herrmann zu einer öffentlichen Versammlung am 12. Juli eingeladen, um über eine Herabsetzung der Arzneitaxe zu beraten. Der Vorstand genannter Kasse war bereits durch einen Beschluß der Generalversammlung vom 16. Mai ermächtigt, beim Minister für Medicinalangelegenheiten um Herabsetzung der Arzneitaxe, Abschaffung der sogenannten „Wiegelerde“ und zeitgemäßer Preisberechnung der erforderlichen Gefäße vorstellig zu werden, hielt aber ein gemeinsames Vorgehen aller Kassen für wirksamer. Zu der Versammlung hatten 35 Oris-Kassen, 3 Betriebs-, 5 Innungs- und 9 Hilfskassen ihre Vertreter entsendet. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und wurde sofort in die Diskussion über die Frage eingetreten. Alle Redner waren sich darüber einig, daß die auf Grund einer im Anfange dieses Jahrhunderts regierungsförmig festgesetzten Taxe zum Verkauf von Medicinalen in gar keinem Verhältnisse zu ihrem wirklichen Werth, ihrem Herstellungspreis stehen. Der häufige Wechsel des Besitzers einer Apotheke und die für diese erzielten Kaufpreise drücken dem Apothelergewerbe den Stempel des staatlich konfessionierten Wuchers auf, dessen Opfer zumeist die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung sind. Verschiedene Redner empfahlen die Entsendung einer Petition, die aber vom Ruder Buchholz und anderen auf lebhafteste bekämpft wurde. Soll etwas erzielt werden, dann ist in der Frage des Versteuerns und der Arzneitaxe eine Zentralisation der Kassen notwendig. Dieser Meinung wurde widersprochen und damit motivirt, daß dann noch mehr schlablirt und bürokratisch verfahren würde. Scholz, staatlicher Revisor der Krankenkassen, erklärte: die Arzneitaxe gehe von Jahr zu Jahr zurück; der hohe Verdienst der Apotheker sei eine Fabel und an den ungeheuren Ausgaben für Ärzte und Medizin seien nur die vielen Simulanten schuld, denen nichts verschrieben werden sollte. (F) — Ja ist das nicht Sache des Arztes festzustellen, ob jemand simulirt? Natürlich blieb dies nicht unumstritten. — Folgende Resolution gelangte schließlich nach längerer Debatte zur fast einstimmigen Annahme: „Die Versammlung der Krankenkassen-Vorstände Berlins beschließt einen Verband sämtlicher Krankenkassen Berlins zu errichten, der alle gemeinsamen Zwecke fördern und besonders für die Gründung eigener Krankenhäuser und Apotheken eintreten soll.“ Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde eine Kommission von 21 Mitgliedern gewählt.

In einer Versammlung der Sattler und Tapezierer hielt am 8. Juli Herr Dr. Weil einen Vortrag über das Thema: Die Proletarierkrankheiten mit besonderer Berücksichtigung des Sattlergewerbes. In der eingehendsten Weise behandelte der Vortragende das Thema sowohl vom medizinischen, hygienischen, als auch vom sozialpolitischen Standpunkt. Die nächste Vereinsversammlung findet am 22. Juli statt.

Für Friedrichberg und Lichtenberg fand am 12. d. M. eine allgemeine öffentliche Versammlung von Bewohnern beider Ortschaften statt, in welcher Stadtverordneter Mehnert, Berlin über kommunale Angelegenheiten referirte. Derselbe besprach die Frage der Inkommunalisirung und gab an der Hand der Städte-Ordnung den Weg an, der gegangen werden muß, um nöthigenfalls eine gewünschte Einverleibung zu beschleunigen. Da er mit den örtlichen Verhältnissen nicht vertraut war, mußte er es der Versammlung überlassen, ihre etwaigen Wünsche auszusprechen. Wie mitgeteilt wurde, soll in der Gemeindevertretung ein Antrag eingebracht werden, dahingehend, daß man sich mit dem Plane des Berliner Magistrats (Einverleibung bis zur Verbindungsbahn) einverstanden erklären wolle, sofern eine gänzliche Einverleibung nicht zu erreichen sei. Hervorgehoben wurde, daß die örtlichen Zustände eine Einverleibung sehr wünschenswerth erscheinen lassen und daß auch die Einverleibung bis zur Bahn für die Bewohner hinter der Bahn große Vortheile ergeben würde. Herr Dr. Brockmann stand allerdings auf dem Standpunkte: entweder alles oder gar nichts! In diesem Sinne äußerten sich noch mehrere Redner und wurde das Für und Wider in eingehender Weise erwoogen.

Kantlerverein Solidarität. Versammlung am Freitag, den 14. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gredner, Annenstr. 18.

Adlung's Schiffebrand. Versammlung am Sonnabend, den 15. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Mathies, Wallstr. 20.

Die Frauen- und Kinderkassen der Berliner Hausdiener (G. S. 41). Freitag, den 14. Juli, Abends 9 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 67, ordentliche Generalversammlung.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8-10 1/2 Uhr: Süd-Schule, Warenstraße 13; Ost-Schule, Weidenbergstraße 128; Unterricht über Gesetzgebung und Nationalökonomie. Ch-Schule, Marktstr. 21; Unterricht in Geschichte (alte). Nord-Schule, Wallstraße 179a; Unterricht in Physiologie und Buchführung. In allen Unterrichtsstunden, mit Ausnahme von Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jeht im Laufe des Semesters eintreten.

Les- und Diskussionsklubs. Freitag, Karl Marx, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 2. — Werten, bei G. Werner, Sülzstr. 29. — „Gedankensucher“, Abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Peterson, Weidenbergstr. 22. — Les- und Diskussionsklub Otto Reimer, Abends 8 1/2 Uhr, Wilhelmshagenstr. 21 bei Reba. — Diskussionsklub August Weid, tagt jetzt Freitag Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Jubel. — Les- und Diskussionsklub „Hand in Hand“, 24 Uhr bei Kienold, Mariendorferstr. 48.

Arbeiter-Bund Berlin und Umgebung. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Wanteuffelstr. 79.

Freitag, Nebensitzung Abends 8 1/2 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserlicher Annerchor, Schönhauser Allee 25, bei Wilmmer. — Nord, Bergstraße 68, bei Reiter. — Vorwärts 1, S. O. Wallstr. 21, bei Stoll. — Nummer 1, Her Wegenerstr., Wanteuffelstr. 65, bei Zempel. — Buchbinder, Annenchor Berlin, Holzmarktstraße 3, bei Dietz. — Matigischen, Hochstr. 22a, bei Wille. — Gemüthlichkeit, Fugler, Schulstr. 20. — Palme, in Wetzlar, bei Schröder. — Vorkriegschor 4, Köpenick, Müggelseeufer, 3 bei Dietz. — Karthaus'scher Gesangverein, Müggelseeufer, 21, bei Geise. — Gesangverein Vorkriegschor 2, Charlottenburg, Wilmersdorfstr. 74. — Arbeiter-Gesangverein. — Zoroastralia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Kommandantenstr. 20, Krimhölzer. — Gesangverein Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Reichert. — Gesangverein Schmargendorf in Schmargendorf, Wiltbergstr. — Jungfräulein, Steglitz, Wilmersdorf, im Comptoirhaus. — Offendacher Gesangverein, Restaurant Volk, Annenstr. 9. — Gesangverein Collegia 1, Wanteuffelstr. 9 bei Komradt. — Gesangverein Freiheit Noabit, Kronen-Strasser, Wilmersdorf Nr. 47/48. — Vereinte Gangesbrüder Noabit, Stromstraße 29 bei Range. — Gesangverein Sorgenfrei, Weidenbergstr. 15 bei Stehmann. — Gesangverein „Rosalia“ Wilmersdorf, 46 bei Wenzl. — Nord-Weber, Altonaerstraße 27 bei Wipke. — Eineta, Weidenbergstr. 122, bei Wenzl. — Freie Liedertafel, Neue Königstr. 78 bei Gahn. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburgerstr. 6, Wilmersdorf, Wiltbergstr. — Rote Fahne, Götterstr. 22 bei Vogel. — Sängerkor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Wölflig. — Brauer-Gesangverein Gensendörfer, Alte Jakobstr. 23 bei Wiemda.

Quod der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Aufschriften sind zu senden an H. Hentel, Bergmannstr. 31, Hof 3. Te. Freitag: Zambourverein Ruf, Julestraße 1. — Zambourverein Wiedel Gartenstr. 22. — Zambourverein Borussia, Weidenbergstr. 92-94 bei J. Scholz.

Gesangs-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 8 1/2 Uhr, Berliner Wollwaren- u. Cartonnagefabrik Weidling, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schäfer, Neue Fuglerstr. 49. — Wilmersdorfer Waidesrauschen, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wetzlar, Wilmersdorfstr. 57. — Vorkriegschorverein Rescendos, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Wilmersdorfstr. 33. — Musik-Dilettantenverein „Zouk“, Abends 8 1/2 Uhr bei Schenk, Rosauerstr. 23, Weidenbergstr. — Musikverein Frischluft, Restaurant Schröder, Weidenbergstr. 24.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabteilung tritt Freitag und Samstag Abends von 8-10 1/2 Uhr in der Turnhalle des Seifing-Gewerkschaftsvereins, 7-10. — Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männer-Abteilung tritt Abend von 8-10 1/2 Uhr in der Turnhalle des Seifing-Gewerkschaftsvereins, 7-10. — Turnverein Gesundbrunnen die 2. Männer-Abteilung tritt Abend von 8-10 1/2 Uhr in der Turnhalle des Seifing-Gewerkschaftsvereins, 7-10.

Bergmannsverein Germania. Abends 9 Uhr, Rosenfelderstr. 11-12, im Restaurant. — Bergmannsverein Seifing, Abends 8 1/2 Uhr, bei Braun, Oranienstr. 128 p. — Weiflinger Arbeiterverein Olympia, Abends 8 1/2 Uhr,

Alle Jakobstr. 128 (Bogenhaus). — Unterhaltungsclub Schiller, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Böhlscher, Frenckstraße 2. — Les- und Diskussionsklub Orion, Abends 9 Uhr, Sitzung Schützenstr. 29. — Musikverein „Festung“, Abends von 8-11 Uhr, Nebensitzung Wollwarenstr. 35-37 bei Schneider. — Stadtclub „Kairo“, Abends 8 1/2 Uhr bei Jid, Wilmersdorfstr. 22. — Vergnügungsverein Germania, jeden Freitag Abends 9 Uhr im Restaurant „zur Weichheit“, Wilmersdorfstr. 29, Sitzung. Nach derselben Zeit. Tanzlehrer-Verein Solidarität, jeden Freitag Abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Gredner, Annenstr. 18, Sitzung. — Musikklub „Rote Fahne“, Freitag Abends 8 1/2 Uhr, Grotzstr. 48 bei Reichelstr.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Literarisches.

Der Selbstmord. Eine kritische Studie von Dr. G. Rehfisch, Arzt in Berlin. Fischer's med. Buchh. 167 S.

Der Verfasser führt mit dankenswerthem Fleiß die von Morse Ili bis zum Jahre 1878 ausgeübte internationale Selbstmordstatistik um 10 Jahre weiter. Aus der amtlichen Statistik von 17 europäischen Ländern stellt er etwa 300 000 Selbstmordfälle zusammen und konstatirt gegenüber dem rapiden Wachsthum der Selbstmordziffer von 1820-78 um nahezu das Vierfache eine Abnahme oder Stehenbleiben von 1878-1888/89 mit Ausnahme von Frankreich (von 1871-88 Steigerung um 90 pCt), Belgien, Schweden und Bayern (von 1844-88 Steigerung um ca. 300 Prozent). Als Grund für die Abnahme der Selbstmordhäufigkeit in den meisten Kulturstaaten ist Verf. geneigt, eine Anpassung an die moderne Zivilisation zu betrachten. Die durch die Naturwissenschaft veränderte Lebensauffassung, die soziale Frage mit der Aussicht auf Besserstellung hienieden, mit dem Streben nach Bildung, Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit seien wohl die maßgebenden Faktoren. Der Verf. macht es sich mit solchen ideologischen Betrachtungen etwas leicht. Und doch forderten einige von ihm ermittelte Thatsachen geradezu zu einem tieferen Eindringen in die materiellen Zusammenhänge heraus. Während die besitzenden Klassen nur ein geringes Kontingent zu den Selbstmorden stellen, auf 10 000 Künstler und Gelehrte kommen 1-2 Selbstmorde, bei den übrigen Berufs schwanke die Zahlen zwischen 1 und 5 pro Milie, kommen in der Bedientenklasse 145 Selbstmörder auf 10 000, d. h. von je 223 Dienstboten nimmt sich einer das Leben.

Während zweimal so viel weibliche als männliche Dienstboten ihrem Leben ein Ende machten, kommen im allgemeinen auf je 4 männliche 1 weiblicher Selbstmörder (Berlin stellt mit dem Verhältnis 1:2,8 die für das weibliche Geschlecht ungünstigsten Zahlen dar).

Unverheiratete Mädchen nehmen sich (mit Ausnahme von Frankreich und Italien) häufiger das Leben als unverheiratete Männer, Wittwen viel häufiger als Wittwer, Kinder (bis 15 Jahre) weiblichen Geschlechts häufiger als männlichen.

Die Selbstmorde beim Militär sind in Deutschland, Oesterreich und Italien nahezu 7 bis 8 Mal so häufig als im Zivilstande; in Frankreich, Belgien und Rußland 3 Mal so zahlreich. Nach Longuet starben unter 100 000 Mann an Selbstmord:

	Oesterreich	Deutschland	Italien	Frankreich
1875-87	1878-88	1874-89	1872-84	
im Militär	122	87	40	29
im Zivil	16	19	4,3	17
	Belgien	England	Rußland	
1875-88	1875-88	1873-89		
im Militär	24	23	20	
im Zivil	10	7,6	8	

Selbst wenn nicht alle Altersklassen des Zivilstandes, sondern nur die im Alter von 20-30 Jahren stehenden zum Vergleich herangezogen werden, erhält man noch immer eine dreimal so große Selbstmordziffer beim Heer, was um so mehr bedeutet, als es sich hier um von Haus aus körperlich und geistig Gesunde, für die „Perienkolonien“ Ausleselesen handelt.

Etwa 30 pCt. aller Selbstmorde sind nach des Verfassers Annahme nothwendig geistig Erkrankte, etwa 10 pCt. auf Lebensüberdruß, 12 pCt. auf Trunksucht, 6-8 pCt. auf körperliches Leiden, 10-20 pCt. auf Kummer, Verlust der Stellung, wirtschaftlichen Ruin u. zurückzuführen. Doch sind diese Eintheilungen von sehr zweifelhaftem Werth, ererbte und erworbene Anlage zu geistiger Abnormität sind keine „Motive“ für den Selbstmord, vergleichbar mit Vermögensverlust, Erwerbslosigkeit, Neue, Schamgefühl und unglücklicher Liebe; der größte Theil der unter Lebensüberdruß, Alkoholismus und „unbekannten Motiven“ subsumirten Fälle dürften ohne weiteres der wirtschaftlichen Nothlage zuzurechnen sein. Ohne die Bedeutung erblicher Belastung für den Selbstmord bestritten zu wollen, scheint es uns doch, daß in der Neuzeit mit der Zuspitzung der ökonomischen Gegensätze, ähnlich wie beim Verbrechen, bei der Prostitution mehr und mehr an die Stelle der geistigen (und körperlichen) Degeneration als Veranlassung zum Verbrechen, zur Prostitution, zum Selbstmord die durch wirtschaftliche Entwicklung gegebene Nothlage tritt, die gelegentlich jeden, nicht sowohl den Charakter als den wirtschaftlich-Schwachen in den Strudel hinabreißt. Wäre die ererbte Anlage, nicht die Außenwelt das Entscheidende, so wäre die Selbstmordneigung unauflösbar, wie diese Anlage selbst; Jahrhunderte und Jahrtausende geschlechtlicher Zuchtwaht erst könnten hier Wandel schaffen. Weil aber die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände das Maßgebende sind, ist die übergroße Selbstmordhäufigkeit eine ständige Begleiterscheinung überreifer Zivilisationen, ist die Bekämpfung des Selbstmords nur aussichtslos im Rahmen der heutigen Gesellschaft ebenso aussichtslos wie der Kampf gegen Prostitution und Verbrechen. Der Verfasser freilich kommt in seiner Schlußbetrachtung, die der Therapie des Selbstmords gewidmet ist, über fromme Wünsche nicht hinaus. „Dem Mittelstand muß das Bewußtsein seiner sittlichen Stärke gegeben werden, er muß fühlen, daß lediglich die redliche Arbeit die höchsten Würze seines Lebens ist.“ „Von der Wissenschaft allein ist das Heil zu erwarten, sie muß jenen Erörter herabilden, in dem sich alle sittlichen Anschauungen zu einer einzigen großen Idee der Liebe verdichten werden.“ Will der Verfasser wissen, wie jenes erlösende Evangelium heißen wird? Sozialismus!

Briefkasten der Redaktion.

H. A. Nachen. Der „Vorwärts“ ist kein Organ für Ekelbriefe. Die Vertrauensmänner und Parteileiter müssen sich eben daran gewöhnen, 1. keine Bittvorweise, wie im Falle Hempel der dortige Vertrauensmann es gethan hat, anzustellen; 2. den sogenannten Genossen, die mit solchen Wünschen im Lande herumreisen und die Partei zu schröpfen suchen, mit der gebührenden Vorsicht begegnen. So lange die Genossen diese Vorsicht nicht zur Anwendung bringen, wird es den einzelnen Schwindlern immer wieder gelingen, ihren Zweck zu erreichen. Dagegen, daß hat die Erfahrung längst gelehrt, hilft kein Warnen im Zentral-Organ. Gruß J. A.

K. in K. Sie erheben schwere Anklagen gegen den Direktor der dortigen Strafanstalt. Sie verlangen, wir sollen Ihre Mittheilungen veröffentlichen, und Sie haben nicht einmal den Muth, mit Ihrer Person einzustehen. Folgten wir Ihnen, so würden wir gerichtlich verfolgt und verurtheilt werden, ohne daß wir, weil die Beweise uns fehlen, irgend ein öffentliches Interesse gefördert hätten. Wenn es Ihnen um die Sache zu thun ist, und nicht persönliche Beweggründe Sie treiben, so unterbreiten Sie die uns mitgetheilten Thatsachen den zuständigen Behörden, die unzweifelhaft eine Untersuchung veranlassen werden, und die das lebhafteste Interesse haben, falls Ihre Anklagen begründet sind, Remedur zu schaffen.